

Das wahre Gesicht der Linkspartei

Eine Dokumentation der CDU Hessen

„Ich werde keine Koalition mit der Linkspartei machen.“

Andrea Ypsilanti am 1. September 2007 in der HNA

„Wir werden Andrea Ypsilanti mit zur hessischen Ministerpräsidentin wählen.“

Willi van Ooyen am 14. Januar 2008 in der ‚tageszeitung‘.

„Das werden wir nach dem Wahltag am 27. Januar sehen, da ist noch alles offen.“

Andrea Ypsilanti am 20. August 2007 in der Süddeutschen Zeitung

Inhalt

Vorwort	4
1. Einleitung	5
2. „Freiheit durch Sozialismus“: Die Linkspartei und die grundgesetzliche Ordnung	7
3. Sozialismus alter Schule – die Programmatik der Linkspartei	11
4. Von der SED zur Linkspartei.....	20
4.1 Die Partei und ihre Vorsitzenden	20
4.2 „Es war nicht alles schlecht“: Geschichtsrevisionismus der Linkspartei	26
4.3 „Kommunistische Plattform“ und radikale Sektierer in der Linkspartei.....	33
5. Die Linkspartei in Hessen.....	34
5.1 Das Desaster Peter Metz.....	34
5.2 Programmatische Mitgift der DKP	36
5.3 Willi Van Ooyen und die Deutsche Friedens Union.....	38
6. Zusammenfassung	39

Vorwort

Hessen steht am 27. Januar 2008 vor einer Richtungsentscheidung. An diesem Tag entscheidet sich, ob unser Bundesland weiter von einer CDU-geführten Landesregierung aus der Mitte unserer Gesellschaft regiert wird oder ob ein Bündnis von Parteien des linken politischen Randes die Macht übernimmt. Schon heute steht fest, dass die SPD und die Grünen nur in Zusammenarbeit mit der Linkspartei in der Lage sein könnten, die Regierung zu übernehmen. Ohne die Hilfe der Linkspartei ist die SPD nicht regierungsfähig. Sie ist von ihr abhängig.

Damit droht erstmals seit Gründung der Bundesrepublik Deutschland 1949, dass eine kommunistische Partei in einem westdeutschen Flächenstaat an der Regierung beteiligt wird. Wir können davon ausgehen, dass SPD und Grüne, sollte eine rechnerische linke Mehrheit zustande kommen, von dieser Möglichkeit Gebrauch machen werden. So war es auch bei früheren Landtagswahlen in Sachsen-Anhalt, wo die PDS zum Mehrheitsbeschaffer wurde, so war es in Mecklenburg-Vorpommern, so war es auch in Berlin, wo es zu rot-roten Landesregierungen kam. Die SPD hat sich, wenn es darauf ankam stets dafür entschieden, den bürgerlichen Teilen unserer Gesellschaft den Rücken zu kehren und stattdessen mit den Nachfolgern von SED und DKP zu regieren.

Den Versprechungen, nie mit der Linkspartei zusammenarbeiten zu wollen, ist nicht zu trauen. Viele Mitbürgerinnen und Mitbürger in Hessen werden sich noch gut daran erinnern, wie der frühere hessische SPD-Vorsitzende Holger Börner vor den Landtagswahlen 1984 Stein und Bein schwor, nie mit den hessischen Grünen zu regieren. Seine Haltung hatte nur so lange Bestand bis die letzten Wahlzettel ausgezählt waren.

Bei den jetzigen Landtagswahlen kommt für eine Zusammenarbeit von SPD und Linkspartei noch hinzu, dass sich die Wahlprogramme und Wahlforderungen beider Parteien auf allen wesentlichen Politikfeldern gleichen. Von der Einführung der Einheitsschule bis zur Wiedereinführung der Vermögenssteuer sind die politischen Vorstellungen von SPD und Linkspartei nahezu deckungsgleich. Dazu passt, dass sich der Spitzenkandidat der Linkspartei in Hessen mittlerweile offen zu einer rot-roten Unterstützung bekennt. Am 13. Januar 2008 erklärte er am Rande einer Wahlkampfveranstaltung in Marburg: „Sollten wir den Einzug in den Landtag schaffen, werden wir Andrea Ypsilanti von der SPD mit zur hessischen Ministerpräsidentin wählen.“¹

¹ Votum für SPD-Frau Ypsilanti, Die Tageszeitung, 14. Januar 2008

Auch in anderen westdeutschen Bundesländern, z.B. in Nordrhein-Westfalen und dem Saarland, mehren sich die Stimmen jener SPD-Politiker, die sich offen für rot-rote Koalitionen aussprechen. Es scheint nur noch eine Frage der Zeit zu sein, bis das Tabu einer rot-roten Koalition in einem westdeutschen Bundesland von der SPD gebrochen wird. Dass es sich dabei mit der Linkspartei um eine Partei handelt, die aufgrund ihrer Geschichte, ihrer Ideologie, den in ihr vertretenen Personen und ihren konkreten programmatischen Vorstellungen den gesellschaftlichen Grundkonsens der Bundesrepublik Deutschland offen in Frage stellt, scheint die SPD immer weniger zu stören.

Die vorliegende Dokumentation setzt sich klar und auf Fakten basierend mit der Linkspartei auseinander. Sie zeigt auf, dass es sich bei der Linkspartei nicht um eine harmlose Ansammlung ehemaliger Sozialdemokraten und aktiver Gewerkschafter handelt, sondern um eine Partei, zusammengesetzt aus ehemaligen Mitarbeitern des DDR-Regimes und westdeutschen Alt-Kommunisten, die mit aller Konsequenz das Ziel verfolgt, aus der Bundesrepublik Deutschland einen sozialistischen Staat und eine sozialistische Gesellschaft zu machen.

Es gibt in der heutigen, schnelllebigen Medienwelt selten Zeit und Raum für eine tiefergehende Auseinandersetzung mit einem Thema. Noch dazu entspricht es nicht dem öffentlichen Zeitgeist, Motive und Forderungen von Politikern des äußersten linken Spektrums einer genaueren kritischen Betrachtung zu unterziehen. Gelegentlich aus dem Rahmen fallende Bemerkungen einzelner Politiker finden so kaum Beachtung und werden noch seltener in einen Zusammenhang mit der Programmatik der Linkspartei gesetzt. Mit der Zeit entsteht auf diese Weise der Eindruck, es handele sich bei der Linkspartei um eine ganz normale politische Gruppierung. Doch dieser Anschein trügt, wie Ihnen diese Dokumentation zeigen wird.

1. Einleitung

Die Linkspartei ist keine neue Partei, ganz im Gegenteil. Die Gründung der Linkspartei am 16. Juni 2007 als Zusammenschluss aus Linkspartei.PDS und WASG ist das insgesamt vierte Mal, dass sich die Nachfolger der SED einen neuen Namen gegeben haben. Neu ist allerdings die Offenheit, mit der die Vertreter der Linkspartei zur Schau tragen, dass sie die Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung der heutigen Bundesrepublik, die Soziale Marktwirtschaft überwinden wollen. Es war der heutige Vorsitzende der Linkspartei,

Lothar Bisky, der am 15. Juni 2007, am Tag vor der Vereinigung der beiden Parteien, den Blick fest in die Kameras der anwesenden Presse richtete und verkündete:

„Ja, wir diskutieren auch und immer noch die Veränderung der Eigentums- und Herrschaftsverhältnisse und auch das unterscheidet eine neue Partei links von der Sozialdemokratie in Deutschland von anderen. Kurz gesagt: Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED und auch die neue Partei DIE LINKE - wir stellen die Systemfrage.“²

So offen hatte noch keine im Deutschen Bundestag vertretene Partei angekündigt, die Ordnung unseres Gemeinwesens überwinden zu wollen. Die CDU ist der festen Überzeugung, dass angesichts des Erstarkens der extremen Linken alle demokratischen Parteien dazu aufgefordert, ja geradezu verpflichtet sind, die Auseinandersetzung mit der Linkspartei intensiver als bislang zu führen. Wir sind der Überzeugung, dass unsere Freiheit es wert ist, verteidigt zu werden. Die Christlich Demokratische Union will mit dieser Dokumentation einen Beitrag dazu leisten.

Unserer Meinung nach war der bisherige Umgang mit der Linkspartei in der Öffentlichkeit zu stark von ihren wiederholten Namenshäutungen und dem medialen Auftreten ihrer Führungspersonen geprägt. Wir sehen darin einen der beiden Gründe, die den Alt-Kommunisten zu einem Imagewandel weg von der totalitären Staatspartei SED hin zu einer scheinbar normalen politischen Partei verholfen hat. Wir legen deshalb heute eine Dokumentation vor, die die wahren Ziele der Linkspartei offen legt und den oberflächlichen Eindruck von einer „normalen“ Partei widerlegt. In bemerkenswertem Kontrast zu manch vorschnellem Kommentar wird auf erschreckende Weise sichtbar, dass die Partei seit 1990 inhaltlich keinen Millimeter von ihrem Ziel der Restauration des Sozialismus und der „Systemüberwindung“ abgerückt ist. Diesen radikalen Kern hat die PDS als Erbschaft der SED bewahrt und im Juni dieses Jahres erfolgreich in die Linkspartei verpflanzt. Sie wird diese Identität auch in Zukunft nicht ablegen, sondern wie ihren Augapfel hüten.

Neben der Reduzierung der Linkspartei auf ihre Führungspersonen sehen wir aber noch einen zweiten Grund, der zum Anwachsen des Linksradikalismus in Deutschland geführt hat. Das zunächst noch heimliche Kokettieren, später dann schamhafte Tolerieren und schließlich offene Koalieren von SPD und PDS hat der Linkspartei in den Augen man-

² Lothar Bisky, Rede auf der 3. Tagung des 10. Parteitags der Linkspartei.PDS, 15. Juni 2007, in: http://archiv2007.sozialisten.de/partei/parteitag/pt1003/view_html/zid35922/bs1/n0

cher Bürgerinnen und Bürger das ‚Gütesiegel‘ der Unbedenklichkeit beschert und damit gleichfalls den Blick auf jenen unbändigen Willen verstellt, mit dem die Linke unsere Verfassungsordnung radikal überwinden will. Mit dieser schrittweisen Hofierung, die die Linkspartei durch die SPD erfahren hat, wurde sie für breitere Bevölkerungsgruppen überhaupt erst wählbar. Teilen der SPD dämmert es jedoch inzwischen, dass dies wenig vorausschauend war. In dem Maße nämlich, in dem die Warnungen der CDU vor einer Zusammenarbeit mit der Linkspartei als billige Parteitaktik diffamiert wurden, wurde die PDS aufgewertet und damit zwangsläufig gestärkt. Wie klein der Raum mittlerweile ist, den die Linkspartei der SPD noch zu überlassen bereit ist, können die Sozialdemokraten jetzt schwarz auf weiß nachlesen. In einem aktuellen Strategiepapier des frisch gewählten Vorsitzenden der Linksfraktion im sächsischen Landtag, André Hahn, wird folgende Rollenverteilung erwogen: „Die SPD [müsste] bei einem entsprechenden Wahlergebnis bereit sein, in eine von der LINKEN geführte Regierung einzutreten.“³

Die CDU stützt diese Dokumentation – neben Auszügen aus wissenschaftlichen Gutachten unabhängiger Institutionen und Presseberichten – mehrheitlich auf Programmaussagen und Interviewäußerungen führender Politiker der Linken. Wir nehmen die Linkspartei beim Wort und fordern alle demokratischen Parteien und die Medien auf, dies ebenfalls zu tun. Die Zeit, in der die Entwicklung der Linksradiكالen mit einem wohlwollenden ‚Augenzwinkern‘ betrachtet wurde, ist vorbei!

2. „Freiheit durch Sozialismus“: Die Linkspartei und die grundgesetzliche Ordnung

Zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung der Bundesrepublik hat die Linkspartei bis heute kein positives Verhältnis entwickelt. Im Gegenteil: Sie lehnt die bestehende Ordnung ab. In ihrem aktuell gültigen Grundsatzprogramm legt sich die Linkspartei fest: „Die Politik der Linkspartei.PDS soll dazu beitragen, [...] [die] Macht- und Eigentumsverhältnisse zu verändern [...] Sozialistische Politik [...] zielt heute auf die [...] Umgestaltung von Eigentums- und Machtstrukturen [...] Die Linkspartei.PDS setzt sich für eine Politik ein, die [...] auf einen prinzipiellen Umbau der Gesellschaft zielt.“⁴ Wie sehr die Partei auch bei der Ablehnung der grundgesetzlichen Demokratie in programmatischer Erstar-

³ Strategie der Linksfraktion bis zu den Wahlen 2009 und darüber hinaus. Diskussionspapier des Vorsitzenden der Linksfraktion im sächsischen Landtag, André Hahn, vom 10. Juli 2007.

⁴ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 8ff.

nung verharret, zeigt folgender Satz: „In der Linkspartei.PDS [...] haben sowohl Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen und die die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen, als auch jene, die ihren Widerstand damit verbinden, die gegebenen Verhältnisse [...] zu überwinden.“⁵ Nahezu wortgleich formulierte die Partei dies bereits in ihrem Grundsatzprogramm zehn Jahre zuvor.⁶

Der Wille der Linkspartei, die demokratische Grundordnung der Bundesrepublik zu überwinden, drückt sich nicht nur in ihren Grundsatzprogrammen aus. Auch ihre führenden Parteivertreter gaben und geben dies unverblümt zu. Die PDS zielte nicht nur in den ersten Jahren nach 1990 auf eine tief greifende Umgestaltung der parlamentarisch-repräsentativen Demokratie; sie hat dieses Ziel immer noch vor Augen. Auch in diesem Punkt bleiben sich die Alt-Kommunisten treu, ist von dem angeblichen Wandel der Partei weit und breit keine Spur zu sehen. Die folgenden Aussagen sind chronologisch geordnet und sprechen eine eindeutige Sprache:

„Wer mir sagt, das Staatswesen der Bundesrepublik gehöre abgeschafft, dem sage ich[...] ‚Er hat Recht‘.“⁷

„Die PDS ist im Unterschied zur SPD nicht der Auffassung, dass sich wirkliche soziale Gerechtigkeit und ökologische Umgestaltung innerhalb der herrschenden Strukturen herstellen lassen. Deshalb wollen wir zu einer demokratisch-sozialistischen Gesellschaft kommen.“⁸

„Die PDS ist eine sozialistische Partei und steht in gesellschaftlicher Opposition, das ist unser Verständnis zu dem kapitalistischen System.“⁹

„Die Mehrheit der Programmkommission [der PDS hat] nie bestritten, dass vom Kapitalismus ursprünglich die Gefährdung der menschlichen Zivilisation ausgeht und die in den Eigentumsverhältnissen wurzelnden kapitalistisch geprägten Machtstrukturen überwunden werden müssen.“¹⁰

„Die neue Linke ist eine Bewegung zur demokratischen Erneuerung[...] Wir sind die Kraft, die die Systemfrage stellt.“¹¹

⁵ Ebd., S. 54.

⁶ Vgl. Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf dem 3. Parteitag 29.-31. Januar 1993. Dort hieß es: „In der PDS haben [...] Menschen einen Platz, die der kapitalistischen Gesellschaft Widerstand entgegensetzen wollen und die gegebenen Verhältnisse fundamental ablehnen[...]“

⁷ Interview von Helmut Holter mit Antenne Mecklenburg-Vorpommern am 19. Juni 1994. (Holter sollte den vorgegebenen Satz vervollständigen.)

⁸ Gregor Gysi, Vorsitzender der PDS-Abgeordnetengruppe im Deutschen Bundestag, in: Neues Deutschland vom 13./14. Mai 1995.

⁹ Helmut Holter, Arbeits- und Sozialminister und stellvertretender Ministerpräsident von Mecklenburg-Vorpommern, in: ZDF-Morgenmagazin vom 3. November 1998.

¹⁰ Dietmar Bartsch, Bundesgeschäftsführer der PDS, in: Junge Welt vom 30. März 2000.

„Wir stellen die Systemfrage! Für alle von den geheimen Diensten noch einmal zum Mitschreiben: Die, die aus der PDS kommen, aus der EX-SED und auch die neue Partei DIE LINKE – stellen die Systemfrage.“¹²

„Wir haben gesagt, aber der Kapitalismus kann nicht die letzte Antwort der Geschichte sein. Wir bleiben Sozialistinnen und Sozialisten, weil wir in die Zukunft schauen [...] Und deshalb brauchen wir insofern einen Systemwechsel, da hat Lothar recht.“¹³

„[...] weil wir die einzige Partei sind, die die Systemfrage aufwirft[...]“¹⁴

„Wir wollen eine andere Gesellschaftsordnung, einen demokratischen Sozialismus[...] Die Linke verändert die Republik.“¹⁵

Wer ungeachtet dieser seit Jahren und bis heute ohne Änderung vorgetragenen Aussagen den Linksradiكالen den Status einer „normalen demokratischen Partei“ zuerkennen will, der verkennt nicht nur den langen Schatten, den die SED auf diese Partei wirft, sondern der verabschiedet sich auch selbst Stück für Stück von unserer grundgesetzlichen Ordnung. Auch der Verweis auf die Beteiligung der Linkspartei an Wahlen bzw. Regierungen und ihre dadurch angeblich erbrachte „Systemkonformität“ befreit keinen aufrechten Demokraten von der Notwendigkeit, sich von dieser radikalen Partei klar und unmissverständlich abzugrenzen. Dies ergibt sich auch aus einem Grundsatzpapier der Partei, in dem eindeutig festgelegt wird, dass die Beteiligung der Linkspartei am demokratischen Willensbildungsprozess Teil ihrer Strategie zur Überwindung der bestehenden Ordnung ist:

„Die PDS [steht] in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen in der Bundesrepublik Deutschland[...] Die Frage, ob eine Parlamentsfraktion der PDS sich innerhalb des Parlaments in eine Oppositionsrolle, in eine Situation der Tolerierung [...] oder in eine Koalitionsrolle begibt, berührt nicht das prinzipielle Oppositionsverständnis der PDS [...] Selbst dann also, wenn die PDS sich auf irgendeiner Ebene in eine Regierungskoalition begeben sollte, [...] würde dies [...] ihren Oppositionscharakter in Bezug auf die herrschenden Verhältnisse nicht beeinträchtigen [...] Einig sind wir uns dahingehend, dass die PDS unabhängig von der konkreten parlamentarischen Rolle das

¹¹ Rede des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Deutschen Bundestag, Oskar Lafontaine, auf dem WASG-Parteitag am 25. März 2007 in Dortmund (autorisierte Mitschrift von Fanny Zeise und Jan Maas).

¹² Rede des Vorsitzenden der Linkspartei/PDS, Lothar Bisky, auf der 3. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei/PDS vom 15. Juni 2007 (autorisierte Fassung).

¹³ Schlusswort des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Deutschen Bundestag, Gregor Gysi, auf der 3. Tagung des 10. Parteitages der Linkspartei/PDS am 15. Juni 2007 (autorisierte Fassung).

¹⁴ Rede des Linksparteivorsitzenden Oskar Lafontaine auf dem Gründungsparteitag DIE LINKE am 16. Juni 2007 (autorisierte Fassung).

¹⁵ „Wir empfangen täglich Signale“. Interview mit Dietmar Bartsch, in: Berliner Zeitung vom 16. Juli 2007.

Schwergewicht ihrer Tätigkeit in außerparlamentarischen Bewegungen und Aktionen sieht und ihr gesellschaftliches Oppositionsverständnis von der jeweiligen Rolle in einem Parlament nicht berührt wird.“¹⁶

Dieses Papier wurde in Reden immer wieder bekräftigt,¹⁷ seine Kernaussage auch im gegenwärtig gültigen Grundsatzprogramm festgeschrieben.¹⁸ Demnach hat die Linkspartei zur bundesdeutschen Demokratie lediglich ein instrumentelles Verhältnis entwickelt.¹⁹ Wie die folgenden Aussagen belegen, gibt es in ihr auch Stimmen, die sogar gewaltsame Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele nicht prinzipiell ausschließen. Nicht zuletzt dieser Aspekt untermauert den radikalen Charakter dieser Partei.

„Eine Partei oder Organisation, die eine Zielstellung, wie sie die PDS hat, ernsthaft durchsetzen will, muss sich [...] alle revolutionären Mittel offen halten. Je nach Herrschaftsform [...] kann das politischer Generalstreik oder sogar Einsatz bewaffneter Gewalt bedeuten.“²⁰

„Der politische Übergang zur klassenlosen Gesellschaft [...] kann vielfältige Formen annehmen. Er muss sich nicht unbedingt gewaltsam vollziehen.“²¹

Wir halten auch „globale Krisen von solcher Schärfe (für) vorstellbar, [...] dass im klassischen Sinne revolutionär die alten Herrschaftssysteme gestürzt werden müssten.“²²

„Die PDS muss durchaus einen umstürzlerischen (subversiven) Charakter entwickeln, und ihre Bravheit überwinden [...] und das in unverschämter Offenheit und Öffentlichkeit[...]“²³

¹⁶ Fünf-Punkte-Papier „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel.“ Verabschiedet auf der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS im Januar 1995, in: DISPUT, 3/4 1995.

¹⁷ So zitierte beispielsweise die damalige PDS-Vorsitzende Gabriele Zimmer in ihrer Rede auf dem Parteitag der Berliner PDS am 14./15. Juli 2001 aus dem Grundsatzpapier der Partei fast wörtlich: „Die PDS steht in prinzipieller Opposition zu den herrschenden gesellschaftlichen Verhältnissen [...] Es geht um mehr Widerstand gegen die herrschende Politik [...] Die Frage, ob sich eine PDS-Fraktion innerhalb von Parlamenten in die Opposition, Tolerierung oder Koalition begibt, berührt nicht das Selbstverständnis der Partei.“

¹⁸ Vgl. Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 6. Dort heißt es: „Die Linkspartei.PDS steht stets vor der Aufgabe zu sichern, dass ihre Arbeit in Parlamenten und in der Exekutive mit ihren strategischen Zielen übereinstimmt.“

¹⁹ In der FAZ vom 30. Juni 2001 machte Judith Dellheim, Mitglied des PDS-Bundesvorstandes, kein Hehl daraus: „Wahlerfolge und Regierungsbeteiligungen können nicht die Rahmenbedingungen umstürzen, aber sie müssen benutzt werden, um Opposition gegen die Herrschenden und das herrschende Gesellschaftssystem zu stärken.“ Und Winfried Wolf, PDS-MdB, bekräftigte dies im Marxistischen Forum Nr. 32/33 vom September 2000: „Die Parlamente sind unser Spielbein. Unser Standbein muss die außerparlamentarische Bewegung und Aktion sein.“

²⁰ Junge GenossInnen. Zeitschrift des Landesvorstandes der PDS Brandenburg, vom 13. November 1993.

²¹ Programmatische Erklärung der Kommunistischen Plattform in der PDS, Februar 1994.

²² Strategiepapier „PDS – eine neue sozialistische Partei in Deutschland“, in: DISPUT, Nr. 19/1995 vom 1. Oktoberheft.

²³ André Brie: „Wie subversiv soll denn die PDS sein?“, in: Neues Deutschland vom 11. Januar 1997.

Das Bundesamt für Verfassungsschutz kam 2006 zu folgender Einschätzung:

„Auf der Basis von Programm und Statut wirken nach wie vor offen extremistische Kräfte innerhalb der Partei. Weiterhin arbeitet sie – zum Teil in festen Strukturen – mit in- und ausländischen Linksextremisten zusammen.“²⁴

3. Sozialismus alter Schule – die Programmatik der Linkspartei

Genauso wie ihre Strategie ordnet sich auch das Programm der Linkspartei ihrem Ziel der Einführung des Sozialismus unter. Im Mittelpunkt steht die Abschaffung der marktwirtschaftlichen Ordnung. Diese wird von der Partei dafür gezielt klassenkämpferisch als „kapitalistisches System“ negativ aufgeladen und der „demokratische Sozialismus“ als angeblich bessere Alternative angepriesen. Dreh- und Angelpunkt des Sozialismus ist die Eigentumsfrage, d. h. die Verteilung materieller Güter. Die Linkspartei strebt ihre möglichst gleiche Verteilung an, unabhängig davon, wer diese Güter erwirtschaftet. So legt sie in ihren Gründungsdokumenten fest:

„Um dieses Ziel einer Neuorganisation gesellschaftlicher Lebenschancen [...] zu erreichen, setzen wir uns ein [...] für eine deutliche Verringerung der Einkommens- und Vermögensunterschiede[...]“²⁵

Weitgehende materielle Gleichheit ist somit ein zentraler Wert für die Linkspartei. Weil dies so ist, hat sie für diejenigen, die vorankommen und mehr erreichen wollen, für die hart und fleißig arbeitenden Menschen, für die Leistungsträger unserer Gesellschaft keine Antworten zu bieten. Sie stellen die Mehrheit in unserem Land. Mit ihnen kann die Linkspartei nichts anfangen. Bevor die Linkspartei jedoch das Eigentum anderer Leute großzügig verteilen kann, muss sie es zunächst „vergesellschaften“ bzw. verstaatlichen. Die Linken lassen dabei oftmals bewusst offen, in welchem Ausmaß und in welcher Form sie Enteignungen vornehmen wollen. Ihre Festlegungen sind allerdings derart weit gefasst, dass sich darunter so gut wie alles subsumieren lässt. So heißt es im aktuellen Grundsatzzprogramm der Partei: „Wir halten an der [...] Vergesellschaftung von Grund und Boden,

²⁴ Bundesministerium des Innern: Verfassungsschutzbericht 2006, Berlin 2007, S. 145.

²⁵ Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei am 24./25. März 2007 in Dortmund.

Naturschätzen und Produktionsmitteln und ihrer Überführung in Gemeineigentum oder andere Formen der Gemeinwirtschaft fest...“²⁶ Und auch in den Gründungsdokumenten der Linkspartei kommen die umfassenden Verstaatlichungsgelüste der Partei zu Ausdruck, wenn sie schreibt: „Wir streben die Demokratisierung der Verfügungsgewalt über alle Formen von Wirtschaftsmacht an [...] Die Demokratisierung der Wirtschaft erfordert, die Verfügungsgewalt über alle Formen des Eigentums sozialen Maßstäben unterzuordnen.“²⁷ Relativ konkret wurde die Partei in ihrem Bundestagswahlprogramm 2005. Danach wird praktisch kein Lebensbereich mehr der privaten Regelung überlassen:

„Die Versorgung der Menschen mit Wasser und Strom, die Müll- und Abwasserentsorgung, der öffentliche Personenverkehr, Post- und Telekommunikation, kulturelle Leistungen, Gesundheitsdienste, Angebote zur sportlichen Selbstbetätigung und das Bildungswesen sind Leistungen, die [...] nicht der privaten Konkurrenz unterworfen werden (dürfen). Vor allem Bildung, Kultur und Gesundheit dürfen nicht zu Waren degradiert werden.“²⁸

Auch die freien Medien sollen nach dem Willen der Linkspartei verstaatlicht werden. Ihre Unabhängigkeit ist der Partei seit langem ein Dorn im Auge. So forderte die PDS bereits 1993, dass „der Einfluss der Medienkonzerne eingeschränkt, die Privatisierung öffentlicher Medien gestoppt [...] wird“.²⁹ Diese Position hat sich inzwischen auch Lafontaine zueigen gemacht, als er 2005 seine Pläne für die Zukunft der Medienlandschaft offenbarte: „Die Überführung der Privatsender in öffentlich-rechtliche Trägerschaft wäre mein Herzenswunsch. [...] Ein Fortschritt wäre schon eine Regulierung dergestalt, dass der Gesetzgeber fernsehfremde Tage einführt.“³⁰ Kürzlich bekräftigte er: „Wir brauchen [...] eine Demokratisierung der Medien[...] Eine freie Presse kann nicht in der Hand der Wirtschaft sein.“³¹

In ihren umfassenden Verstaatlichungsplänen kommt das tiefe Misstrauen zum Ausdruck, das die Linken seit jeher gegenüber dem Menschen hegen. Alles Schlechte erwarten sie vom Einzelnen, alles Gute dagegen vom Staat: Er soll alles richten. Darauf bezogen und beziehen sich auch stellvertretende Bundesparteivorsitzende und Bundestagsabgeordnete:

²⁶ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 7.

²⁷ Programmatische Eckpunkte – Programmatisches Gründungsdokument der Partei DIE LINKE, Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei am 24./25. März 2007 in Dortmund.

²⁸ Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

²⁹ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf dem 3. Parteitag 29.-31. Januar 1993.

³⁰ Oskar Lafontaine, in: Junge Welt vom 15. November 2005.

³¹ Oskar Lafontaine, Bundestagsfraktionsvorsitzenden der Linken, im Rahmen einer öffentlichen Anhörung der Bundestagsfraktion der Linkspartei in Bad Doberan am 3. Juni 2007.

„Unser Fernziel ist, Konzerne wie Daimler-Chrysler, BMW und Großbanken wie die Deutsche Bank zu vergesellschaften.“³²

„Also der Staat ist immer mit von der Partie. Und die Privatwirtschaft soll doch nicht so tun, als ob sie es ohne ihn könnte [...] Von einer bestimmten Größenordnung an geht das wirklich nicht mehr ohne einen Staat, eine Einrichtung, die über den betriebswirtschaftlichen Tellerrand herauszuschauen in der Lage ist.“³³

Ähnlich planwirtschaftlich formuliert die Partei auch in ihrem aktuell gültigen Grundsatzprogramm, in dem es hierzu heißt: „Die Wirtschaft muss mit Hilfe eines [...] staatlichen Rahmens [...] nachhaltig in zukunftsweisende Bahnen gelenkt werden.“³⁴ So restriktiv und staatsgläubig sich die Linkspartei in Eigentums- und Wirtschaftsfragen gibt, so freizügig gibt sie sich bei der Gewährung vermeintlicher sozialpolitischer Wohltaten. Generell fordert sie, „dass öffentliche und soziale Leistungen ausgebaut werden – in Schulen und Hochschulen, Pflege-, Betreuungs- und Kultureinrichtungen, öffentlichem Nahverkehr und im Umweltschutz“.³⁵ Ohne Rücksicht auf kommende Generationen und die Entwicklung des Staatshaushaltes sollen dafür „die öffentlichen Investitionen und andere Ausgaben [...] mindestens um jährlich 40 Milliarden Euro angehoben werden“.³⁶ Mit dieser exorbitanten Steigerungsrate ist die Belastungsgrenze der öffentlichen Hand aus Sicht der Linkspartei keineswegs erreicht. So sollen nach ihrem Willen gleichzeitig auch die „öffentlichen Ausgaben für das Bildungswesen [...] zunächst auf fünf Prozent sowie langfristig auf sechs Prozent des Bruttoinlandsprodukts angehoben werden [...], gebührenfreie Kitaplätze für alle Kinder [geschaffen werden und] das Kindergeld [...] von 154 auf 250 Euro erhöht werden“.³⁷ Für Jugendliche wird eine „ausreichende Ausbildungsförderung ohne Rückzahlungsverpflichtungen“ vorgesehen, für Erwachsene ein „Rechtsanspruch auf lebensbegleitendes Lernen, flankierende Maßnahmen durch Gesetzgebung, Tarifvereinbarung und Weiterbildungsfonds“ gefordert.³⁸

³² Diether Dehm, von 1999 bis 2003 stellvertretender PDS-Bundesvorsitzender, in: BZ vom 14. Juni 2001.

³³ Herbert Schui, MdB, DIE LINKE, in: DLF Information am Morgen vom 21. Februar 2007.

³⁴ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 29.

³⁵ Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

³⁶ Programmatische Eckpunkte (Gründungsdokumente der Linkspartei), Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund.

³⁷ Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

³⁸ Ebd.

Um diese milliardenschweren Vorhaben zu realisieren, ist es nach Meinung der Linkspartei keineswegs notwendig, länger und härter zu arbeiten. Im Gegenteil: Wie die folgenden Auszüge aus ihren Programmen zeigen, ist alles möglich bei gleichzeitiger Reduzierung sowohl der Wochen-, als auch der Lebensarbeitszeit. Bei vollem Lohnausgleich und einem „gesetzlichen Mindestlohn von nicht weniger als 1.400 Euro brutto für ein Vollzeitarbeitsverhältnis im Monat“ werden die 30-Stunden-Woche und der Renteneintritt mit 60 Jahren angestrebt.³⁹

Die „entscheidende Bedingung für die Zurückdrängung der Arbeitslosigkeit ist eine Wirtschaftspolitik, die neue, gesellschaftlich sinnvolle Arbeitsplätze schafft [...] Auf dieser Grundlage gewinnt die Verkürzung der Wochen- und Lebensarbeitszeit größte Bedeutung [...] Flexible tarifliche Vereinbarungen zur generellen Einführung der 35-Stunden-Woche bei vollem Lohnausgleich und in der ferneren Perspektive deren Ausweitung zur 30-Stunden-Woche sind wesentliche Schritte zur Vollbeschäftigung neuer Art.“⁴⁰

„Die Einkommen der Menschen müssen steigen, die Arbeitszeiten kürzer werden.“⁴¹

„Wir streben eine Verkürzung der Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit, Wahlarbeitszeiten, erleichterte Sabbatjahre und Freistellung für gesellschaftspolitische Arbeit und andere Arbeitsformen an [...], ohne dass die Einkommen sinken.“⁴²

Wir lehnen „das Heraufsetzen der Altersgrenze für den Rentenbezug ab. Wir streben als untere Versicherungsgrenze eine Rente mit Grundbetrag von gegenwärtig monatlich 800 Euro an.“⁴³

„Wir streben das Renteneintrittsalter ab 60 Jahre an, ohne Abschläge.“⁴⁴

Wie der umfangreiche sozialpolitische Leistungskatalog bei gleichzeitig sinkendem Arbeitsvolumen finanziert werden soll, bleibt völlig unklar. Die Vorschläge, die die Linkspartei hierzu unterbreitet, folgen dem Muster: „Geld muss da geholt werden, wo es sich

³⁹ Ebd.

⁴⁰ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 36.

⁴¹ Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

⁴² Programmatische Eckpunkte (Gründungsdokumente der Linkspartei), Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund.

⁴³ Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitages, Berlin, 27. August 2005.

⁴⁴ Programmatische Eckpunkte (Gründungsdokumente der Linkspartei), Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund.

häuft[...]“⁴⁵ Wer wie hart dafür gearbeitet hat, spielt keine Rolle. Konkret schlägt die Partei vor:

„Konzerne und andere profitable Unternehmen müssen wieder deutlich mehr Steuern zahlen. Es soll wieder eine Vermögenssteuer erhoben werden, die Erbschaftssteuer auf große Erbschaften ist zu erhöhen.“⁴⁶

Der Ruf nach Wiedererhebung der Vermögenssteuer und nach einer deutlich erhöhten Erbschaftssteuer zählt zu den Lieblingsforderungen der Linkspartei. Ihr potentielles Aufkommen wollen die Alt-Kommunisten gleich doppelt und dreifach ausgeben. Parallel zu den oben genannten milliardenschweren Eingriffen in die Sozial- und Arbeitsmarktpolitik möchten ihre Vertreter dieses Geld je nach persönlicher Interessenlage auch für familienpolitische Maßnahmen oder zur Senkung des Solidarzuschlags verwenden. So tritt die haushaltpolitische Sprecherin der Linksfraktion im Bundestag, Gesine Löttsch, dafür ein, den „Solidaritätszuschlag ... ab 2008 schrittweise um 0,5 Prozentpunkte pro Jahr“⁴⁷ zu senken und schlägt als „Ausgleich für eine Absenkung ... unter anderem ... eine Erhöhung der Erbschaftssteuer und ... die Wiedereinführung der Vermögenssteuer“⁴⁸ vor.

Der saarländische Landesverband der Linkspartei fordert zur gleichen Zeit die „bundesweite Einführung eines sozialversicherungspflichtigen Erziehungsgehaltes [...], [das] kein[en] Ersatz für ein Erwerbseinkommen [darstellt] [...] Das Geld erhält die Person, welche die Fürsorge- und Erziehungsarbeit hauptsächlich leistet ... Für jedes Kind bis zum 20. Lebensjahr werden folgende Bruttobeträge gezahlt: ... im ersten Lebensjahr des Kindes: 1.560 € [...] im zweiten und dritten Lebensjahr [...] 960 € [und] vom vierten bis zum 20. Lebensjahr ... 480 €.“⁴⁹ Kostenpunkt nach Aussage von Bundesfamilienministerin Ursula von der Leyen: „Brutto 116 Milliarden Euro.“⁵⁰ Zur Finanzierung der Erziehungsgehaltes schlägt Christa Müller, Mitglied im kommissarischen Landesvorstand der saarländischen Linkspartei, u. a. „die Wiedereinführung der Vermögenssteuer und die Erhöhung der Erbschaftssteuer“ vor.⁵¹

⁴⁵ Sahra Wagenknecht, in: Welt am Sonntag vom 17. Juni 2001.

⁴⁶ Programmatische Eckpunkte (Gründungsdokumente der Linkspartei), Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund.

⁴⁷ „Soli schrittweise senken!“ Interview mit Gesine Löttsch, in: Super illu online vom 7. August 2007.

⁴⁸ Ebd.

⁴⁹ „Das sozialversicherungspflichtige Erziehungsgehalt“, in: [http://pds-saar.de/Positionen/ Positionen_Linkspartei/Familien/familien.html](http://pds-saar.de/Positionen/Positionen_Linkspartei/Familien/familien.html) (Referenzdatum: 1. August 2007).

⁵⁰ „Familie macht glücklich“. Streitgespräch zwischen Ursula von der Leyen und Christa Müller, in: Der Spiegel vom 30. Juli 2007.

⁵¹ Ebd.

Die Alt-Kommunisten wollen damit ein und denselben Euro dreimal ausgeben. Schon Adam Riese wusste, dass das nicht geht. Zwei von drei Euro wären nur über Schulden zu finanzieren. Diese Luftbuchungen zeigen, dass die Linkspartei selbst nicht weiß, wie sie ihre populistischen Forderungen bezahlen kann. Anstelle solider Finanzpolitik würde der rasante Weg in die Staatsverschuldung beschritten werden. Die Programmatik der Linken ist von weiteren Widersprüchen gekennzeichnet. Anders als die Linkspartei propagiert, zielt ihr Programm keineswegs darauf ab, lediglich große und international tätige Konzerne kräftig zur Kasse zu bitten. Auch für die kleinen und mittleren Unternehmen und viele Beschäftigte will sie die Steuern stark erhöhen. In ihrem Programm zur Bundestagswahl 2005 stellt sie folgende Forderung auf:

„Bei der Lohn- und Einkommenssteuer [...] [soll] der Eingangsteuersatz [...] 15 Prozent betragen [...] Dann soll der Steuersatz allmählich (linear-progressiv) bis zu einem Spitzensteuersatz von 50 Prozent ansteigen. Dieser soll auf die Einkommensteile oberhalb 60.000 Euro erhoben werden [...] Wir wollen [...] die Abschaffung des Ehegattensplittings[...]“⁵²

Eine 50-prozentige Steuerquote auf alle Einkommen über 60.000 Euro wäre gegenüber heute eine Erhöhung des Steuersatzes um fast 20 Prozent. Dies träfe vor allem den Mittelstand und viele Leistungsträger unserer Gesellschaft. Sie bilden das Rückgrat unserer Gesellschaft, ihnen hat die Linkspartei programmatisch nichts zu bieten. Darüber hinaus bleibt es das Geheimnis der Linkspartei, aus welchen Gründen international tätige Großkonzerne bei deutlich steigenden Steuern und drohender Verstaatlichung nicht ins Ausland abwandern sollten und damit dem ohnehin unrealistischen Finanzierungskonzept der Partei im wahrsten Sinne des Wortes einen ‚Strich durch die Rechnung‘ machen würden. Realistischerweise bliebe auch hier dann nur noch der Marsch in eine ungebremste Schuldenpolitik als letzter Ausweg übrig. Dass die Linkspartei ungeachtet der Finanzlage der öffentlichen Haushalte darin keineswegs eine Sackgasse sieht, verdeutlicht folgende Aussage ihres aktuellen Grundsatzprogramms: „Die Verringerung der Staatsquote ist [...] kein Ziel der Linkspartei.PDS.“⁵³ Diese finanzpolitische Verantwortungslosigkeit der Linkspartei brachte kürzlich ein prominentes Parteimitglied selbst auf den Punkt. André Brie sagte:

⁵² Wahlprogramm zu den Bundestagswahlen 2005, Beschluss der 2. Tagung des 9. Parteitag, Berlin, 27. August 2005.

⁵³ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitag am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 32.

„Wir stellen Forderungen und denken zu wenig darüber nach, welche realistischen Lösungsmöglichkeiten es gibt. Wir sind in der Gefahr, eine reine Protestpartei zu werden.“⁵⁴

Diese Selbsteinschätzung ist zwar richtig, greift allerdings zu kurz. Sie blendet aus, dass das Programm der Linkspartei nicht losgelöst von ihrem strategischen Ziel der Einführung des Sozialismus betrachtet werden kann. Mit ihren maßlosen sozialpolitischen Forderungen gebärdet sich die Partei vordergründig als vermeintliche Verteidigerin des angeblich unterdrückten ‚kleinen Mannes‘, hintergründig gehört aber auch dies zu den Methoden sozialistischer Versuche der „Systemüberwindung“. Indirekt gibt die Linkspartei dies auch zu:

„All diese Forderungen setzen eine Gesellschaft voraus, [...] in der Großindustrie und Banken sowie Grund und Boden nicht mehr privatkapitalistisch, sondern gesamtgesellschaftlich verwaltet werden. Veränderungen in den Eigentumsverhältnissen sind unabdingbar.“⁵⁵

„Als Sozialistische Partei müssen wir die systemimmanenten Grenzen des ‚modernen Kapitalismus‘ aufzeigen, also die historische Notwendigkeit seiner Überwindung.“⁵⁶

Mit unbezahlbaren sozialen Wohltaten will die Partei die Soziale Marktwirtschaft systematisch überlasten, um auf diese Weise den Beweis führen zu können, dass diese Ordnung nichts taugt und durch ein neues „System“ ersetzt werden muss. Durch das bloße Benennen von vermeintlichen oder tatsächlichen Problemen und Ungerechtigkeiten soll suggeriert werden, dass der Sozialismus in der Lage wäre, Abhilfe zu schaffen. Inhaltlich geht es der Linkspartei also nicht um realisierbare Lösungen innerhalb der bestehenden marktwirtschaftlichen Ordnung, sondern um ihre Sprengung mittels unfinanzierbarer Forderungen.

Einen ähnlich radikalen Kurswechsel wie in der Wirtschafts- und Finanzpolitik strebt die Linkspartei auch in der Außenpolitik an. Auch hier werden Feindbilder aufgebaut und die Realität verbogen. Das außenpolitische Feindbild der Linkspartei sind die USA, die den Linken traditionell als Hort des Kapitalismus gelten. Das Urteil der Linkspartei über einen der engsten Verbündeten der Bundesrepublik fällt pauschal und einseitig aus. In der Präambel ihres aktuellen Grundsatzprogramms schreibt sie:

⁵⁴ „Denken in Schwarz-Weiß“. Interview mit André Brie, in: Der Spiegel vom 30. Juli 2007.

⁵⁵ Sahra Wagenknecht, in: Pressedienst der PDS, Nr. 48/1994.

⁵⁶ Erklärung des „Rates der Alten beim Parteivorstand der PDS“ zur programmatischen Debatte in der Partei, zitiert nach: „Im Zweifel gegen das ‚herrschende System‘“, in: FAZ vom 30. Juni 2001.

„Die USA-Regierung verfolgt mit ihrer imperialistischen Politik, mit politischer und wirtschaftlicher Erpressung und mit Aggressionskriegen das geostrategische Ziel einer weltweiten Vorherrschaft. Wir, Sozialistinnen und Sozialisten, Mitglieder der Linkspartei.PDS, wollen am Widerstand gegen diese Politik teilnehmen[...]“⁵⁷

Dass die USA einen entscheidenden Beitrag zur Befreiung Deutschlands vom Nationalsozialismus geleistet haben, ist der Partei, die ansonsten keinen Anlass auslöst, zum Kampf gegen den „Faschismus“ aufzurufen, keine Silbe wert. Ihr dezidiertes Antiamerikanismus führt die Linkspartei an die Seite autoritärer und diktatorischer Staaten. So plante ihr Partei- und Fraktionsvorsitzender Oskar Lafontaine im Frühjahr 2006 eine Reise in den Iran. Ende August 2007 besuchte er Kuba. Bewohner dieses Landes versuchen seit Jahren unter Einsatz ihres Lebens der Armut und Unfreiheit Kubas zu entkommen. Die politische Opposition wird von Fidel Castro seit fast 50 Jahren systematisch unterdrückt. Das Europäische Parlament verurteilte deshalb kürzlich erneut dort erfolgte „Inhaftierungen, die die elementarsten Menschenrechte, insbesondere die Meinungs- und Vereinigungsfreiheit zu politischen Zwecken, verletzen.“⁵⁸ Oskar Lafontaine hingegen will davon offensichtlich nichts wissen. Seine Bilanz über Kuba fällt ungebrochen positiv aus: „Die Wirtschaft hat sich ... gut entwickelt... Die Menschenrechtsfrage [wird] wichtigtuerisch instrumentalisier[t].“⁵⁹ Eine solche Haltung kann nur als zynisch gewertet werden.

Neben dem kubanischen Diktator Fidel Castro huldigt die Linkspartei vor allem den südamerikanischen Neo-Sozialisten Hugo Chávez (seit 1999 venezolanischer Staatspräsident) und Evo Morales (seit 2006 bolivianischer Staatspräsident).⁶⁰ Chávez verfolgt das Ziel, die Verfassung Venezuelas so zu ändern, dass er „bei den nächsten Wahlen ... für weitere sieben Jahre und danach für beliebig viele weitere Amtszeiten gewählt werden kann“.⁶¹ Mit anderen Worten: Seine Amtszeit soll möglichst erst mit seinem Tod enden. Die Beerdigung politischer Freiheiten geht auch in Venezuela einher mit dem Ende der Meinungsfreiheit. Gegenwärtig versucht Chávez den regierungskritischen Fernsehsender RCTV mundtot zu machen, indem er ihm die Verlängerung seiner Sendelizenz verwei-

⁵⁷ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 1.

⁵⁸ Entschließung des Europa-Parlaments zur Haltung der EU gegenüber der kubanischen Regierung, Brüssel und Abstimmung – 2. Februar 2006.

⁵⁹ „Die Menschenrechtsfrage wird wichtigtuerisch instrumentalisiert“, Interview mit Oskar Lafontaine, in: Junge Welt vom 1. September 2007.

⁶⁰ Vgl. hierzu Oskar Lafontaine: „Mit Chávez für die Freiheit“, in: Welt am Sonntag vom 8. Juli 2007.

⁶¹ „Chávez lässt seine Wiederwahl ermöglichen“, in: FAZ vom 17. August 2007.

gert.⁶² Das alles spielt für Lafontaine offensichtlich keine Rolle, wenn er erklärt: Wir „bewundern [...] die Entscheidungen von Chávez in Venezuela“.⁶³ Die Venezuelaner teilen Lafontaines stürmische Begeisterung für Chávez nicht. Sie lehnten seine Pläne am 2. Dezember 2007 mehrheitlich ab.

Das fest gefügte außenpolitische Feindbild der Alt-Kommunisten lässt Parteivertreter Solidaritätserklärungen mit angeklagten Kriegsverbrechern abgeben und erwiesene Völkermorde leugnen. So unterzeichnete etwa die Spitzenkandidatin (Listenplatz 2) der PDS/WASG in Bremen für die Bundestagswahl 2005, Antonie Brinkmann, einen Aufruf des „Internationalen Komitees für die Verteidigung von Slobodan Milosevic“. Darin heißt es: Wir fordern die „unverzügliche Freilassung von Slobodan Milosevic! Sofortige Einstellung der Verfolgung von Slobodan Milosevic und aller jugoslawischen Patrioten und Soldaten! Inhaftierung der wirklichen Kriegsverbrecher, d.h. der NATO-Führer [...]“⁶⁴ Und die gleiche Antonie Brinkmann leugnete den Massenmord der Serben an den Albanern in Kosovo, als sie darauf angesprochen erwiderte: „Von welchen Massenmorden reden Sie? Das ist einfach Unsinn.“⁶⁵ Mit dieser ungeheuerlichen Positionierung ist Brinkmann in der Linkspartei keineswegs isoliert. Sie kann beispielsweise auf den Besuch Gregor Gysis verweisen, der sich im Frühjahr 1999 mit dem serbischen Diktator Milosevic in Belgrad getroffen hat.

Neben dem blinden Antiamerikanismus und seinen erschreckenden Folgen bildet der Isolationismus die zweite Hauptkonstante in der Außenpolitik der Linkspartei. Entgegen ihrem andernorts gerne vorgetragenen Anspruch und der Tradition linker Parteien, internationalistisch zu sein, streben die Alt-Kommunisten den Austritt der Bundesrepublik Deutschland aus der NATO und die Auflösung dieses erfolgreichen Sicherheitsbündnisses an. Wie die folgenden Auszüge aus Programmen unterschiedlichen Datums deutlich machen, herrscht auf diesem Politikfeld bei der Linkspartei ebenfalls bis in die Wortwahl hinein völliger Stillstand. Programmatische Weiterentwicklung auch hier Fehlanzeige! 1993 plädierte die PDS in ihrem Europawahlprogramm: „Wir sind [...] für die militärische Auflösung von WEU und NATO.“⁶⁶ Zehn Jahre später liest man bezogen auf die NATO die gleiche Forderung im Grundsatzprogramm der PDS: „Wir wollen, dass [...] die NATO aufgelöst

⁶² Vgl. „Sozialismus mit Fernbedienung – Chávez auf allen Kanälen“, in: Der Spiegel online vom 29. Mai 2007.

⁶³ Rede des Fraktionsvorsitzenden der Linken im Deutschen Bundestag, Oskar Lafontaine, auf einer öffentlichen Anhörung der Bundestagsfraktion DIE LINKE in Bad Doberan am 3. Juni 2007.

⁶⁴ „Freiheit für Slobodan Milosevic! Hände weg von Jugoslawien! Aufruf des Internationalen Komitee für die Verteidigung von Slobodan Milosevic.“

⁶⁵ Antonie Brinkmann, in: Radio Bremen Eins, Meldung vom 1. August 2005.

⁶⁶ Europawahlprogramm der PDS, November 1993.

[...] wird.“⁶⁷ Und die Gründungsdokumente der Linkspartei vom März 2007 setzen diese Kontinuität fort: „Militärbündnisse wie die NATO wollen wir überwinden.“⁶⁸

Der Isolationismus der Linkspartei stellt jedoch mit der Westbindung nicht nur einen Grundpfeiler erfolgreicher bundesdeutscher Nachkriegspolitik in Frage, sondern gefährdet auch Deutschlands außenpolitische Handlungsfähigkeit. Weil sie sich friedensstiftenden bzw. friedenserhaltenden Auslandseinsätzen der Bundeswehr unter UN-Mandat verweigert,⁶⁹ kann auch die Not leidende Zivilbevölkerung in Bürgerkriegsgebieten nicht mit der Hilfe der Linkspartei rechnen. Ein hochrangiges Parteimitglied gestand in diesem Zusammenhang ein: „Die PDS hat trotz vieler Erklärungen kein wirkliches Verhältnis zu Menschenrechten entwickelt. Die Fehler der Vergangenheit sind nicht überwunden worden ... Es gibt in der Partei keine Bereitschaft die Individualität von politischen Menschenrechten zu akzeptieren ... Wenn diese Linie sich fortsetzt, sind wir auf dem Rückweg zur SED.“⁷⁰ Ein Kampf für die weltweite Durchsetzung von Bürgerrechten ist deshalb mit der Partei, die in Sonntagsreden gerne „Freiheit durch Sozialismus“ predigt, nicht zu führen.

4. Von der SED zur Linkspartei

4.1 Die Partei und ihre Vorsitzenden

Zwischen der DDR-Staatspartei SED und der Linkspartei gibt es eine eindeutige Kontinuität. Das Verbindungsglied heißt PDS. Deren Geschichte beginnt mit dem Rücktritt der SED-Parteiführung um Egon Krenz und der Neuwahl eines Vorstandes auf dem ersten von zwei Sonderparteitagen. Am 9. Dezember 1989 wurde Gregor Gysi zum letzten SED-Parteivorsitzenden gewählt, eine Woche später erfolgte die Umbenennung in SED-PDS. Am 4. Februar 1990 warf die Partei das schwer diskreditierte Kürzel SED endgültig über Bord und hieß bis 2005 PDS. Am 17. Juli 2005 änderte die Partei ihren Namen ein drittes Mal und nannte sich fortan Linkspartei.PDS. Am 16. Juni 2007 trat die Wahlalternative Ar-

⁶⁷ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 25.

⁶⁸ Programmatische Eckpunkte (Gründungsdokumente der Linkspartei), Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund.

⁶⁹ In PDS-Grundsatzprogramm, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, heißt es auf S. 27: „Die Linkspartei.PDS lehnt [...] weiterhin eine Beteiligung der Bundeswehr an UN-mandatierten Militärinterventionen unter Berufung auf Kapitel VII der UN-Charta ab, unabhängig von der jeweiligen Haltung der im UN-Sicherheitsrat vertretenen Staaten.“

⁷⁰ „Die PDS hat kein Verhältnis zu Menschenrechten“. Interview mit André Brie, in: Der Spiegel online vom 1. März 2006.

beit & soziale Gerechtigkeit (WASG) der Partei bei, die sich seitdem Linkspartei bzw. DIE LINKE nennt. Mit diesen wiederholten Namenshütungen versuchen die Alt-Kommunisten, das belastende Erbe der SED wie eine lästige Fliege abzuschütteln. Seit 1990 standen der Partei drei bzw. vier Vorsitzende vor: Gregor Gysi (1990-1993), Lothar Bisky (1993-2000), Gabriele Zimmer (2000-2003) und abermals Lothar Bisky, der seit 2007 den Vorsitz zusammen mit Oskar Lafontaine ausübt.

Gregor Gysi wird am 16. Januar 2008 60 Jahre alt, ist von Beruf Rechtsanwalt und trat 1967 in die SED ein. Von 1989 bis 1993 amtierte er als Vorsitzender der SED/PDS. Im Februar 1990 appellierte Gysi an die internationale jüdische Gemeinschaft, durch massive finanzielle Hilfe den Wiedervereinigungsprozess aufzuhalten. Dabei warnte er, dass ein vereinigtes Deutschland „schlecht für die Welt“, aber besonders schlimm für Juden sei.⁷¹ Von März bis Oktober 1990 war Gysi Mitglied der ersten und letzten frei gewählten Volkskammer. Zwischen 1990 und 2002 sowie seit 2005 war bzw. ist er Mitglied des Deutschen Bundestags. 1990 bis 1998 war er Vorsitzender der PDS-Bundestagsgruppe, von 1998 bis 2000 und seit 2005 stand bzw. steht er der PDS bzw. der LINKEN als Fraktionsvorsitzender vor. 2001 bis 2002 war Gysi Mitglied des Berliner Abgeordnetenhauses. Im Januar 2002 gab er sein Debüt als Bürgermeister und Senator für Wirtschaft, Arbeit und Frauen des Landes Berlin, ein Amt, von dem er schon im Juli 2002 nach nur wenigen Monaten wieder zurücktrat.

Der damalige Berliner SPD-Vorsitzende und Senator für Stadtentwicklung, Peter Strieder, fasste Gysis Rücktrittsgrund folgendermaßen zusammen: „Er [Gysi] wollte sich nicht den Mühen der Ebene unterziehen“⁷². Und die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Freya Klier kommentierte: „Statt als unfähiger Wirtschaftssenator mit schwefelnder Vergangenheit mehr und mehr von Medien filetiert zu werden als sozialistischer Phrasendrescher ..., gibt er den Rücktritt aus Gewissensgründen[...]“⁷³

Die Bundesbeauftragte für die Unterlagen des Staatssicherheitsdienstes der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik (BStU) – kurz Birthler-Behörde – erstellte mehrere Gutachten bzw. Stellungnahmen zur möglichen Stasi-Verstrickung Gregor Gysis:

„Die bisher in der Behörde des Bundesbeauftragten [damals noch Gauck-Behörde] aufgefundenen [...] Dokumente mit Hinweisen über die Weitergabe von Informationen über oppositionelle Bürger der

⁷¹ James M Dorsey: „Party chief asks Jews to oppose German unity“, in: The Washington Times, 21. Februar 1990.

⁷² „Gregor Gysi tritt zurück. Trittin und Volmer: Vorwürfe haltlos“, in: FAZ vom 1. August 2002.

⁷³ Freya Klier: „Gregor Gysis großer Schwindel. Der PDS-Popstar nutzt die Chance zum Absprung“, in: Focus vom 5. August 2002.

DDR durch den Rechtsanwalt Dr. Gysi an das Ministerium für Staatssicherheit zeigen deutlich [...], dass langjährige Kontakte bestanden zwischen Dr. Gysi und der Hauptabteilung XX, der Diensteinheit, die im Gesamtrahmen des MfS die Federführung bei der ‚vorbeugenden Verhinderung, Aufdeckung und Bekämpfung politischer Untergrundtätigkeit‘ in der DDR hatte [...] Für das MfS wurde er [Dr. Gysi] [...] immer mehr zu einer wichtigen Person bei ‚der Bekämpfung des politischen Untergrundes‘ in der DDR. Die aufgefundenen Unterlagen legen den Schluss nahe, dass Dr. Gysi als anwaltlicher Vertreter von oppositionellen Bürgern die Interessen des MfS mit durchzusetzen half und mandantenbezogene Informationen an das MfS weitergab[...] In den Jahren 1979 und 1980 hat Dr. Gysi ausführliche Informationen über seine Mandanten Dr. Rudolf Bahro und Prof. Robert Havemann an das MfS übermittelt [...] Vor allem die von Dr. Gysi in Bezug auf die ‚operative‘ Bearbeitung von Rudolf Bahro gezeigte ‚Zuverlässigkeit‘ und ‚hohe Einsatzbereitschaft‘ [...] nahm das MfS zum Anlass, ihn als IM-Kandidaten zu registrieren, was aus der Existenz der IM-Vorlaufakte deutlich wird. Als vorläufiger Deckname wurde von MfS-Mitarbeitern ‚Gregor‘ gewählt [...] Die Gesamtheit des vorliegenden Materials lässt darüber hinaus den Schluss zu, dass bei Dr. Gysi in Bezug auf seine Zusammenarbeit mit dem MfS eine ‚Einsatzrichtung‘ [...], eine bestimmte Auftragsstruktur [...] und offensichtlich auch die Bereitschaft, personenbezogene Informationen zu liefern, gegeben war. Eine solche Bereitschaft ist im Rahmen der ‚operativen Bearbeitung‘ von Personen durchaus ein Wesenszug der inoffiziellen Zusammenarbeit mit dem MfS [...] In der [...] Stellungnahme wird auch die von Dr. Gysi [...] selbst gebrauchte These widerlegt, dass die Decknamen ‚Gregor‘, ‚Notar‘ oder ‚Sputnik‘ lediglich Bezeichnungen für eine Sammlung von Informationen seien, die zwar einen bestimmten Sachverhalt betreffen, aber aus verschiedenen Quellen stammten. Denn tatsächlich waren ‚Gregor‘, ‚Notar‘ oder ‚Sputnik‘ Decknamen für ein und dieselbe Person, die abgestimmt mit dem MfS handelte, Kontakte zu operativ interessanten Personen besaß und solche Informationen lieferte, die nur von dieser Person selbst stammen konnten [...]“⁷⁴

Die „Unterlagen belegen, dass Dr. Gysi von 1978 bis 1989 inoffiziell mit der HA XX/OG bzw. XX/9 zusammengearbeitet hat. In dieser Zeit lieferte er mandantenbezogene Informationen an das MfS. Er hat sich mit seinen Führungsoffizieren Lohr bzw. Reuter sowohl in seiner Privatwohnung als auch in der konspirativen Wohnung ‚Ellen‘ getroffen. Zwischen Dr. Gysi und der HA XX/OG bzw. XX/9 hat ein dauerhaftes Verbindungssystem bestanden. Seine inoffizielle Tätigkeit hat sich nicht in der Informationslieferung erschöpft. Gegenüber seinen Führungsoffizieren entwickelte er selbst Vorschläge hinsichtlich der Einflussnahme des MfS auf seine Mandanten. Dr. Gysi hat in Planungen des MfS als verfügbar und einsetzbar gegolten. Die inoffizielle Tätigkeit Dr. Gysis ist vom MfS ausweislich so genannter Operativgeldabrechnungen mehrfach durch Präsente und Zuwendungen belohnt worden. Die in

⁷⁴ Gutachten der BStU zu Gregor Gysi für Bundestagsausschuss, Az.: 11635/92 Z, Gutachterliche Stellungnahme vom 26. Mai 1995 zu in der Behörde des Bundesbeauftragten aufgefundenen Unterlagen, die mit Dr. Gregor Gysi im Zusammenhang stehen und Dokumentenanhang. Vorgelegt entsprechend dem Auftrag des Deutschen Bundestages, Ausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung vom 9. Februar 1995.

der gutachterlichen Stellungnahme vom 26. Mai 1995 enthaltenen Interpretationen wurden bestätigt und mussten nicht nachträglich revidiert werden.“⁷⁵

Angesichts dieser Expertisen stellte der Bundestagsausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung „eine inoffizielle Tätigkeit des Abg. Dr. Gregor Gysi für das Ministerium für Staatssicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik als erwiesen fest“.⁷⁶ Als Begründung wurde angegeben: „Der 1. Ausschuss ist nach sorgfältiger Prüfung und Bewertung der beim Bundesbeauftragten aufgefundenen Dokumente und der zahlreichen Stellungnahmen des Abg. Gysi zu der Überzeugung gekommen, dass Dr. Gysi in der Zeit von 1975 bis 1989 in verschiedenen Erfassungsverhältnissen beim Ministerium für Staatssicherheit (MfS) aktiv erfasst war. Dr. Gysi hat in dieser Zeit nachweislich bis 1986 unter verschiedenen Decknamen dem MfS inoffiziell zugearbeitet [...] Das Ziel dieser Tätigkeit unter Einbindung von Dr. Gysi war die möglichst wirksame Unterdrückung der demokratischen Opposition in der DDR.“⁷⁷

Stützte sich die Mehrheit des Bundestagsausschusses bei der Bewertung des Falles somit auf Gutachten einer unabhängigen Bundesbehörde, so spielten derartige Expertisen für Gregor Gysi offensichtlich keine große Rolle. Für ihn war das „durchgeführte Überprüfungsverfahren gemäß § 44b Abgeordnetengesetz [...] von Beginn bis zum Ende ein politisches Verfahren“.⁷⁸ Rigoros erklärte Gysi, dass er „zu keinem Zeitpunkt inoffiziell mit dem MfS zusammengearbeitet“ hatte.⁷⁹ Dieser letzte Satz Gregor Gysis würde allerdings eine offizielle Zusammenarbeit seinerseits mit dem MfS nicht ausschließen. Für die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Bärbel Bohley ist das Urteil über Gysi jedenfalls gesprochen: „Dieser Kerl faselt vom Sozialismus und will doch in Wirklichkeit nur die SED-Diktatur und seine eigene Stasi-Verstrickung schön reden.“⁸⁰

Als Gysi das Amt des PDS-Fraktionsvorsitzenden im Herbst 2000 abgab, folgte ihm Roland Claus nach. Claus wurde am 18. Dezember 1954 in Hettstedt geboren und trat 1978 in die SED ein. In der DDR bekleidete er zwischen 1976 und 1989 unterschiedliche

⁷⁵ Ergänzender Bericht der BStU vom 13. März 1997 zur „Gutachterlichen Stellungnahme“ vom 26. Mai 1995 zu in der Behörde des Bundesbeauftragten neu aufgefundenen Unterlagen, die mit Dr. Gregor Gysi im Zusammenhang stehen und Anhang.

⁷⁶ BT-Drs. 13/10893 (Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, 1. Ausschuss, zu dem Überprüfungsverfahren des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi gemäß § 44 b Abs. 2 Abgeordnetengesetz, Zusammenfassung und wesentliche Ergebnisse, S. 49.)

⁷⁷ Ebd., S. 49f.

⁷⁸ Ebd., S. 51. Stellungnahme des Abgeordneten Dr. Gregor Gysi vom 29. Mai 1998 zur Feststellung des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung vom 8. Mai 1998 im Rahmen des gegen ihn durchgeführten Überprüfungsverfahrens gemäß § 44b Abgeordnetengesetz.

⁷⁹ Ebd., S. 68.

⁸⁰ Süddeutsche Zeitung vom 11. Juli 2001.

Funktionen in der FDJ. 1989 war Claus der letzte 1. Sekretär der SED-Bezirksleitung Halle gewesen. Als PDS-Landesvorsitzender in Sachsen-Anhalt von 1991 bis 1997 führte er die SED-Erben 1994 in die Tolerierung einer Minderheitsregierung aus SPD und Bündnis90/Die Grünen („Magdeburger Modell“). Am 9. November 2006 stellte der Bundestagsausschuss für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung „mit der erforderlichen Mehrheit von zwei Dritteln seiner Mitglieder eine inoffizielle Tätigkeit des Abgeordneten Roland Claus für das Ministerium für Staatssicherheit (MfS) der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik als erwiesen fest“.⁸¹

Ähnlich wie bei Gregor Gysis Nachfolger als PDS-Bundestagsfraktionsvorsitzender wird auch bei seinem Nachfolger als PDS-Parteivorsitzender, Lothar Bisky, über mögliche Stasi-Verstrickungen diskutiert. Bisky wurde am 17. August 1941 in Zollbrück (Pommern) geboren und wuchs in Schleswig-Holstein auf. 1959 siedelte er in die DDR über, 1963 trat er in die SED ein. Bisky ist Medienwissenschaftler. Von März bis Oktober 1990 war er Mitglied der letzten DDR-Volkskammer, von 1990 bis 2005 Mitglied des brandenburgischen Landtages. Dort führte er von 1990 bis 2004 die PDS-Fraktion an, bevor er von 2004/05 an als Landtagsvizepräsident amtierte. Außerdem war Bisky zwischen 1992 und 1994 Vorsitzender des so genannten Stolpe-Untersuchungsausschusses. Nach seiner Wahl in den Deutschen Bundestag gewann Bisky zwar gegen Gesine Löttsch eine fraktionsinterne Kampf Abstimmung um die Nominierung für das Amt des Bundestagsvizepräsidenten. Bei der anschließenden Wahl erhielt er aber in vier Wahlgängen nicht die erforderliche Mehrheit. In den Medien wurde über den amtierenden Vorsitzenden der Linkspartei berichtet:

„In der Birthler-Behörde sind neue Dokumente über Bisky aufgetaucht: eine IM-Karteikarte und Vermerke über Berichte, die er geliefert hat. Nimmt man diese mit früher entdeckten Dokumenten zusammen, spricht alles dafür, dass Bisky Inoffizieller Mitarbeiter (IM) der Hauptverwaltung Aufklärung (HVA) war [...] Erste Vorwürfe gegen Bisky gab es schon 1995. Damals wurde die IM-Akte seiner Frau gefunden, in der ein ‚IM-Vorgang des Ehemannes‘ erwähnt ist. Damals dementierte Bisky: ‚Zu keinem Zeitpunkt war ich IM.‘ Ende Juni hat die CIA die so genannten ‚Rosenholz-Daten‘ für die Forschung freigegeben [...] Ein klares Dementi gibt es von Bisky heute nicht mehr. Das ‚registrierte Leben‘ des Lothar Bisky ist das eines Inoffiziellen Mitarbeiters. In der HVA-Personenkartei gibt es ein Kärtchen,

⁸¹ BT-Drs. 16/3392 (Bericht des Ausschusses für Wahlprüfung, Immunität und Geschäftsordnung, 1. Ausschuss, zu dem Überprüfungsverfahren des Abgeordneten Roland Claus gemäß § 44c Abs. 2 des Abgeordnetengesetzes (AbgG), Überprüfung auf Tätigkeit oder politische Verantwortung für das Ministerium für Staatssicherheit/Amt für Nationale Sicherheit der ehemaligen Deutschen Demokratischen Republik, S. 1.)

das Biskys Namen trägt, eine IM-Registriernummer, den Decknamen ‚Bienert‘. 1966 wurde es angelegt [...] Die HVA hatte offenbar bemerkt, dass aus dem Mann mal etwas werden könnte.“⁸²

„Nach Rückgabe der ‚Rosenholz‘-Datei aus den USA entdeckten die Rechercheure der Behörde zwei IM-Karteikarten. Demzufolge war Bisky für die Jahre 1966 bis 1970 unter dem Decknamen ‚Bienert‘ als IM und seit 1987 als Gesellschaftlicher Mitarbeiter Sicherheit (GMS) unter dem Tarnnamen ‚Klaus Heine‘ bei der DDR-Auslandsspionage registriert. Ein GMS entspricht nach Behördenangaben dem Status eines IM.“⁸³

Mit Ausnahme des neuen Co-Vorsitzenden Oskar Lafontaine ist die politische Sozialisation der bisherigen Partei- und Fraktionsvorsitzenden von PDS bzw. Linkspartei repräsentativ für die Masse der Parteibasis. Gegenwärtig zählt die Partei nach eigenen Angaben rund 72.000 Mitglieder. Mit einem Anteil von ca. 54.600 Mitgliedern kommen mehr als 2/3 aus den neuen Bundesländern bzw. aus Berlin.⁸⁴ Die Mehrheit dieses Teils der Mitgliedschaft stammt aus der SED. Sie sind in organisatorischer und ideologischer Hinsicht Träger der Partei. Dies bestätigt Günter Schabowski, der der Partei fast ein halbes Jahrhundert angehört hatte und sie deshalb kennt wie kaum ein anderer: „Die Mehrheit der Mitglieder kommt aus der SED und ist in Nostalgie gefangen. Das ist die Folie, auf der der vermeintliche Wunderknabe Gregor Gysi herumturnt.“⁸⁵

Den früheren SED/PDS-Mitgliedern stehen seit dem Beitritt der WASG zur PDS deren Anhänger gegenüber. Da diese sich lediglich als ‚wahre‘ Sozialdemokraten begreifen, ist ihnen der Gedanke des „Systemwechsels“ fremd. Beim Aufeinanderprallen dieser Meinungen hat sich die PDS durchgesetzt, denn sie hat den für sie unveräußerlichen Grundkonsens des „demokratischen Sozialismus“ im marxistischen Sinn in den Gründungsdokumenten der Linkspartei verankert. Wie zu PDS-Zeiten wird er von der Partei auch unter ihrem neuen Namen mit einem Zitat aus dem Kommunistischen Manifest begründet:

„Ziel des demokratischen Sozialismus, der den Kapitalismus in einem transformatorischen Prozess überwinden will, ist eine Gesellschaft, in der die Freiheit des anderen nicht die Grenze, sondern die Bedingung der eigenen Freiheit ist.“⁸⁶

⁸² Toralf Staud: „Die zwei Leben des Genossen B.“, in: Die Zeit vom 31. Juli 2003.

⁸³ „Die Sache mit IM Bienert“, in: Stern vom 20. Oktober 2005.

⁸⁴ Vgl. DIE LINKE. Pressedienst, Presseinformation zur Partei DIE LINKE vom 16. Juni 2007 zur Mitgliederzahl.

⁸⁵ Günter Schabowski, ehemaliges Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED und früherer erster Sekretär der SED-Bezirksleitung von Ost-Berlin, in: Der Spiegel vom 9. Juli 2001.

⁸⁶ Programmathe Eeckpunkte. Beschluss der Parteitage von WASG und Linkspartei.PDS am 24./25. März 2007 in Dortmund. Im Kommunistischen Manifest ist allerdings nicht von einem „transformatorischen“, sondern von einem „revolutionären“ Prozess die Rede.

Kenner des Kommunistischen Manifests wissen, dass nach Karl Marx die freie Entwicklung aller erst nach der Revolution möglich ist. Mit der Festschreibung dieses Grundverständnisses hat die PDS in der Linkspartei die „Systemfrage“ gegen die Bedenken der früheren WASG offen gehalten. Jenseits tagespolitischer Auseinandersetzungen hat sie damit deutlich gemacht, dass sie die freiheitlich-demokratische Grundordnung durch den „demokratischen Sozialismus“ ersetzen will. Eine solche „Transformation“ ist für DIE LINKE keine politische Richtungsentscheidung, die je nach Mehrheitsverhältnissen wieder umkehrbar wäre, sondern ein endgültiger Zustand. Sie will die sozialistische Gesellschaft.

4.2 „Es war nicht alles schlecht“: Geschichtsrevisionismus der Linkspartei

Bis heute ist im Denken der Partei der „Anspruch auf das Wahrheitsmonopol“ höchst lebendig.⁸⁷ Nur bei vereinzelt Mitgliedern zeigen sich erste Zweifel, wie beispielsweise beim Europa-Abgeordneten der LINKEN, André Brie: „Die meisten Menschen wissen es besser. Die reine linke Lehre hat es immer leichter. Nur mit den Widersprüchen und realen Bedingungen der Politik hat sie oft nichts zu tun.“⁸⁸ Instrumente der allmächtigen Lehre⁸⁹ sind die Relativierung und Verharmlosung der im Namen des Sozialismus begangenen Verbrechen sowie die Gleichsetzung von SED-Unrechtsregime mit dem freiheitlich-demokratischen System der Bundesrepublik. Die Geschichtsklitterung ist gewollt, ihre Ergebnisse sind erschreckend:

So wird der Unrechtscharakter des „Arbeiter- und Bauernstaates“ geleugnet und die DDR zu einer legitimen – weil „antifaschistischen“ – Alternative zur Bundesrepublik erklärt. Nach dem gleichen Muster wird der 17. Juni 1953 als „Konterrevolution“ interpretiert, der Mauerbau als „friedenssichernde Abwehrmaßnahme“ umgedeutet und die von Millionen Deutschen gewollte Wiedervereinigung zu einer grotesken Fratze verzerrt, bei der eine auf einer ‚höheren Entwicklungsstufe‘ stehende DDR in einer ‚feindlichen Über-

⁸⁷ André Brie: „Die Linke und die Welt im Zeitalter der Globalisierung“, in: Sächsische Zeitung vom 5. September 2007.

⁸⁸ Ebd.

⁸⁹ Vgl. ebd.

nahme' der ‚reaktionären' Bundesrepublik „angeschlossen“ wurde.⁹⁰ Zu dieser Geschichtsverdrehung und -verfälschung gesellt sich die Vertuschung historischer Tatsachen.

Obgleich die Parteiführung der SED-PDS besser und früher als die meisten Menschen in der DDR um den unmittelbar bevorstehenden ökonomischen Bankrott des Landes wusste, weben ihre Erben eifrig an der Legende einer angeblich prosperierenden ostdeutschen Volkswirtschaft, die vom gnadenlosen westdeutschen „Klassenfeind“ als unliebsame Konkurrenz ‚platt' gemacht wurde. Wie die folgenden Auszüge aus einem 1989 für die engste SED-Parteiführung angefertigten streng vertraulichen Dokument belegen, handeln die Alt-Kommunisten wider besseres Wissens:

„Die Feststellung, dass wir über ein funktionierendes System der Leitung und Planung verfügen, hält [...] einer strengen Prüfung nicht stand [...] Das bestehende System der Leitung und Planung hat sich [...] nicht bewährt, da ökonomische und Preis-Markt-Regelungen ausblieben. [...] Im internationalen Vergleich der Arbeitsproduktivität liegt die DDR gegenwärtig um 40 % hinter der BRD zurück [...] Die Verschuldung im nichtsozialistischen Wirtschaftsgebiet [kurz NSW] ist [...] auf eine Höhe gestiegen, die die Zahlungsfähigkeit der DDR in Frage stellt [...] Der Verschleißgrad der Ausrüstungen in der Industrie [hat sich] [...] auf 53,8 % erhöht, im Bauwesen [...] auf 67 %, im Verkehrswesen [...] auf 52,1 % und in der Land-, Forst- und Nahrungsgüterwirtschaft [...] auf 61,3 % [...] Im Zeitraum seit dem VIII. Parteitag [der SED] wuchs insgesamt der Verbrauch schneller als die eigenen Leistungen. Es wurde mehr verbraucht als aus eigener Produktion erwirtschaftet wurde zu Lasten der Verschuldung im NSW [...] Das bedeutet, dass die Sozialpolitik [...] nicht in vollem Umfang auf eigenen Leistungen beruht, sondern zu einer wachsenden Verschuldung im NSW führte [...] In den Jahren 1989 und 1990 können die höheren Ausgaben des Staatshaushaltes gegenüber den Einnahmen nur durch zusätzliche Kreditaufnahmen in Höhe von 20 Mrd. M erreicht werden, so dass die Gesamtverschuldung 1990 insgesamt 140 Mrd. M beträgt [...] Bei der Einschätzung der Kreditwürdigkeit eines Landes wird international davon ausgegangen, dass die Schuldendienststrategie [...] nicht mehr als 25 % betragen sollte [...] Die DDR hat [...] 1989 eine Schuldendienststrategie von 150 % [...] Wenn der Anstieg des ‚Sockels' verhindert werden soll, [...] [ist] eine Reduzierung der Konsumtion um 25-30 % erforderlich [...] Die Konsequenzen der unmittelbar bevorstehenden Zahlungsunfähigkeit wäre ein Moratorium (Umschuldung), bei der der internationale Währungsfonds bestimmen würde, was in der DDR zu geschehen hat. Solche Auflagen [...] sind mit der Forderung auf den Verzicht des Staates, in die Wirtschaft einzugreifen [und] der Reprivatisierung von Unternehmen [...] verbunden [...] Es ist eine grundsätzliche Änderung der Wirtschaftspolitik der DDR verbunden mit einer Wirtschaftsreform erforderlich [Hervorhebung im Original] [...] Der Wahrheitsgehalt der Statistik und Information ist auf allen Gebieten zu gewährleisten [...] Auch wenn alle diese Maßnahmen [...] durchgeführt werden, ist [...] die Zahlungsfähigkeit der

⁹⁰ So merkte Sahra Wagenknecht als damaliges Mitglied des PDS-Parteivorstandes an: „Die so genannte Wende war im Kern eine Gegenrevolution [...]“ „Ein klarer Rückschritt“. Interview mit Sahra Wagenknecht, in: Der Spiegel vom 26. Dezember 1994.

DDR [...] nicht sicherbar [...] *Allein ein Stoppen der Verschuldung würde im Jahre 1990 eine Senkung des Lebensstandards um 25-30 % erfordern und die DDR unregierbar machen.*⁹¹

Trotz ihrer umfassenden Kenntnis der katastrophalen Wirtschaftslage der DDR versuchte die PDS-Führung die nach wie vor zu hohe Arbeitslosigkeit in den neuen Bundesländern nicht als Resultat des gescheiterten Sozialismus, sondern als Folge der deutschen Einheit darzustellen. So meinte Gregor Gysi: „Aus der Erfahrung mit dem Anschluss der DDR wissen wir, dass dieser Weg zur Vernichtung der gesamten wirtschaftlichen Potentiale führt.“⁹² Mit solchen Sätzen will die Parteiführung vom Versagen ihrer Vorgänger ablenken und die Verantwortung für die Konsequenzen der SED-Politik anderen in die Schuhe schieben. Ganz ähnlich verfährt die Partei, wenn es um die DDR als Ganzes geht. Hierzu schrieb die PDS in ihrem Parteiprogramm von 1993:

„Die antifaschistisch-demokratischen Veränderungen im Osten Deutschlands und später das Bestreben, eine sozialistische Gesellschaft zu gestalten, standen in berechtigtem Gegensatz zur Rettung des Kapitalismus in Westdeutschland, der durch die in der Menschheitsgeschichte unvergleichlichen Verbrechen des deutschen Faschismus geschwächt und diskreditiert war. Zum Sozialismusversuch in der DDR gehören wertvolle Ergebnisse und Erfahrungen[...]“⁹³

Während die Bundesrepublik damit in die Nähe des Nationalsozialismus gerückt wird, erfährt die diktatorische Herrschaftsstruktur der DDR keinerlei Erwähnung. Im Gegenteil, sie wird beschönigend als „demokratische Veränderung“ bezeichnet. Für Sarah Wagenknecht steht jedenfalls fest: Die DDR war „nicht undemokratischer [als die Bundesrepublik] [...] Auch die Bundesrepublik ist in ihrer Substanz nicht demokratisch.“⁹⁴ Wie sehr sich die PDS diesem grotesken Zerrbild verpflichtet fühlt, wird deutlich, wenn man das auch für die Linkspartei aktuell gültige PDS-Grundsatzprogramm von 2003 heranzieht. Fast wortgleich werden die Formulierungen aus dem Jahre 1993 dort wiederholt und bekräftigt.⁹⁵ Von Veränderung der PDS bzw. der Linkspartei kann deshalb keine Rede sein.

⁹¹ Analyse der ökonomischen Lage der DDR mit Schlussfolgerungen vom 27. Oktober 1989 (so genannter „Schürer-Bericht“). Das Papier entstand im Auftrag des Generalsekretärs des ZK der SED, Egon Krenz. Damit sollte ein ungeschminktes Bild der ökonomischen Lage der DDR vorgelegt werden. Kursive Hervorhebung durch den Verfasser.

⁹² Gregor Gysi, Ingolstädter Manifest der PDS, 18. Februar 1994.

⁹³ Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf dem 3. Parteitag 29.-31. Januar 1993.

⁹⁴ Saha Wagenknecht, PDS-Bundesvorstandsmitglied und Sprecherin der Kommunistischen Plattform, in: Welt am Sonntag vom 17. Juni 2001.

⁹⁵ Vgl. Grundsatzprogramm der PDS, beschlossen auf der 2. Tagung des 8. Parteitages am 25./26. Oktober 2003 in Chemnitz, S. 51.

Die folgenden Positionierungen belegen das verstellte Bild der Partei von der DDR zusätzlich:

„Im Vergleich zur BRD war die DDR in jeder Phase ihrer Entwicklung – selbst noch in ihrem ärgsten Niedergang – das friedlichere, sozialere, menschlichere Deutschland. Wir haben daher keinerlei Anlass, uns [...] für unsere Herkunft ... zu entschuldigen.“⁹⁶

„Wir werden der These vom ‚Unrechtsstaat‘ widersprechen, weil sie in ihrer Konsequenz bedeutet, der DDR das Existenzrecht abzusprechen[...]“⁹⁷

„Die DDR [war] das friedfertigste und menschenfreundlichste Gemeinwesen, das sich die Deutschen im Gesamt ihrer Geschichte bisher geschaffen haben [...] [Bis 1956 waren] Konterrevolutionäre Restaurationsversuche in einzelnen osteuropäischen Staaten [...] ohne Ausnahme abgewehrt worden [...] Erich Honecker [gebührt] unser bleibender Respekt[...]“⁹⁸

Auch bei der Beurteilung des Staatsicherheitsdienstes der DDR wird erkennbar, welches Weltbild in den Köpfen der Parteiführung verankert ist. Während die Bürger der DDR schon mutig die Stasi-Zentralen stürmten, hofierte der heutige Fraktionschef der LINKEN im Bundestag, Gregor Gysi, noch ungeniert den unmenschlichen Spitzelapparat. Damals äußerte er: „Durch die starke Diskreditierung des Amtes [für nationale Sicherheit, Ex-Stasi] ist nach meiner Meinung [...] eine Auflösung erforderlich [...]“⁹⁹ Hier wird Gysis Blick auf den Repressions- und Unterdrückungsapparat der SED sichtbar: Nicht die Funktion der Stasi an sich lieferte für ihn den Grund zu ihrer Auflösung, sondern allein ihre „Diskreditierung“ in den Augen der DDR-Bürger. Das folgende Zitat bestätigt Gysis positives Urteil über die Stasi: „Wir wissen [...], dass viele Genossen dieses Ministeriums stets pflichtbewusst und ehrlich die ihnen erteilten Aufträge [...] erfüllt haben.“¹⁰⁰

Die Rechtfertigung des Mauerbaus und das Leugnen des Schießbefehls ist ein weiteres Beispiel für die unerträgliche Geschichtsklitterung der PDS/Linkspartei. Obwohl ihre Selbstschussanlagen gegen die DDR-Bürger gerichtet waren und die Grenzsoldaten auf Flüchtlinge schossen, die die Unterdrückung durch das SED-Regime gegen die Freiheit der

⁹⁶ Sahra Wagenknecht, in: Pressedienst der PDS, Nr. 48/1994.

⁹⁷ Fünf-Punkte-Papier „Sozialismus ist Weg, Methode, Wertorientierung und Ziel.“ Verabschiedet auf der 1. Tagung des 4. Parteitages der PDS im Januar 1995, in: DISPUT, 3/4 1995.

⁹⁸ Günther Müller: „Sahras rote ‚Wahrheiten‘“. Rezension zu Sahra Wagenknecht: Antisozialistische Strategien im Zeitalter der Systemauseinandersetzung. Zwei Taktiken im Kampf gegen die sozialistische Welt, Bonn 1995, in: Bayernkurier vom 18. März 1995.

⁹⁹ Gregor Gysi: Zur Formierung einer modernen Partei des demokratischen Sozialismus, in: Lothar Hornbogen u. a. (Hrsg.): Außerordentlicher Parteitag der SED/PDS. Protokoll der Beratungen am 8./9. und 16./17. Dezember 1989 in Berlin, Berlin 1999, S. 63.

¹⁰⁰ Ebd.

Bundesrepublik eintauschen wollten, wird dieses augenfälligste Symbol des gescheiterten Sozialismus als „friedenssichernde Abwehrmaßnahme“ gegen „den Westen“ gerechtfertigt. Denn nichts anderes ist doch gemeint, wenn ein Mitglied des Parteivorstandes 1995 schrieb, dass der Mauerbau eine Maßnahme „zur Grenzbefestigung [...] [war], die dem lästigen Einwirken des feindlichen Nachbarn ein (längst überfälliges) Ende“ setzte.¹⁰¹

Derartige Äußerungen sind weder Einzelmeinungen, noch sind sie auf einen frühen Zeitraum der Parteientwicklung begrenzt. So fand 1999 das seinerzeitige PDS-Vorstandsmitglied Michael Benjamin lobende Worte für den Mauerbau, der in seinen Augen „eine völkerrechtlich zulässige und ... angemessene Maßnahme“¹⁰² war. 2001 rechtfertigte auch der damalige stellvertretende Parteivorsitzende Peter Porsch Stacheldraht und Schießbefehl: „Die Mauer hat 1961 den Frieden in Europa und der Welt erhalten. Niemand wäre damit geholfen, wenn wir uns für die Mauer entschuldigten.“¹⁰³ Und Gabriele Zimmer, damals PDS-Vorsitzende, pflichtete ihrem Stellvertreter bei: „Es geht nicht darum, Abbitte zu leisten.“¹⁰⁴

Als Markus Wolf, ehemaliger Stellvertreter von Stasi-Chef Erich Mielke, im November 2006 verstarb, betrauernten ihn der Berliner Linksparteivorsitzende Klaus Lederer und die Bundestagsvizepräsidentin Petra Pau mit den Worten: „Er ging aufrecht durch sein Leben“.¹⁰⁵ Auch darin zeigt sich die Leugnung von Schuld durch die SED-Erben. Die unerträgliche Geschichtsklitterung der Alt-Kommunisten setzt sich bis heute fort. Jüngster Beleg ist die Debatte um den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze:

„Zögern sie nicht mit der Anwendung der Schusswaffe, auch dann nicht, wenn die Grenzdurchbrüche mit Frauen und Kindern erfolgen, was sich die Verräter schon oft zunutze gemacht haben“.¹⁰⁶

Obwohl spätestens jetzt auch in der Zeitung Jeder schwarz auf weiß nachlesen kann, dass es an der innerdeutschen Grenze den Befehl der DDR-Oberen gab, auf wehrlose Menschen zu schießen, streiten die SED-Erben weiterhin alles ab. Die folgenden Zitate verdeutlichen dabei in besonderer Weise die ungebrochene Kontinuität zwischen SED und Linkspartei:

¹⁰¹ Wagenknecht: Antisozialistische Strategien.

¹⁰² Michael Benjamin, in: „PDS-Politiker lobt Mauerbau“, in: Bild-Zeitung vom 24. Januar 1999.

¹⁰³ Peter Porsch, in: Tageszeitung vom 14. Juni 2001.

¹⁰⁴ Gabriele Zimmer, in: Philip Grassmann, „Die PDS wird sich für Mauerbau nicht entschuldigen“, in: Süddeutsche Zeitung vom 15. Juni 2001.

¹⁰⁵ „PDS würdigt Spionage-Wolf als ‚aufrecht‘“, in: Bild-Zeitung vom 20. November 2006.

¹⁰⁶ „Neue Debatte über DDR-Vergangenheit. Schießbefehl-Dokument in Magdeburg entdeckt. Schüsse auch auf Kinder erlaubt“, in: FAZ vom 13. August 2007.

„Es hat einen ... Schießbefehl nicht gegeben.“¹⁰⁷

„Für mich ist nicht belegt, dass es einen generellen Schießbefehl gab.“¹⁰⁸

Seite an Seite verhöhnen damit der letzte SED-Chef und der erste Vorsitzende der Linkspartei die Opfer des unmenschlichen Grenzregimes. Auch der erste Spitzenkandidat der Linkspartei in Hessen, Peter Metz, scheute sich im August 2007 nicht davor, den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze mit dem Einsatz deutscher Bundeswehrsoldaten in Afghanistan gleichzusetzen.¹⁰⁹ Doch aller Abwiegelei und allem Schönreden zum Trotz lässt sich Wahrheit nicht verbergen. Archive und Zeitzeugen sprechen eine eindeutige Sprache:

„Auf Deserteure ist das Feuer sofort zu eröffnen, d.h. ohne Anruf und Warnschuss. Auf Flüchtlinge, die sich der Festnahme durch Flucht in die Bundesrepublik zu entziehen versuchen, dürfen nach einem Warnschuss gezielte Schüsse abgegeben werden.“¹¹⁰

„Nach wie vor muss bei Grenzdurchbruchversuchen von der Schusswaffe rücksichtslos Gebrauch gemacht werden, und es sind die Genossen, die die Schusswaffe erfolgreich angewandt haben, zu belobigen.“¹¹¹

„An der Mauer galt selbstverständlich der Schießbefehl. Er wurde jeden Morgen bei der Vergatterung verlesen.“¹¹²

„Natürlich haben auch die Mitglieder des Politbüros gewusst, dass Leute an der Grenze umgekommen sind.“¹¹³

Die Linkspartei, die sonst so viel Wert auf ihre angebliche „Ostkompetenz“ legt, will einfach nicht wahrhaben, wie menschenverachtend die Partei- und Staatsführung der DDR mit ihrer eigenen Bevölkerung umging. Die Erbschaft der SED lässt sich eben nicht bewäl-

¹⁰⁷ Egon Krenz, letzter Generalsekretär des ZK der SED, in: Bild-Zeitung vom 13. August 2007.

¹⁰⁸ Lothar Bisky, Vorsitzender der Linkspartei, in: Bild am Sonntag vom 26. August 2007.

¹⁰⁹ „Metz Spitzenkandidat der Partei „Die Linke“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung online vom 26. August 2007.

¹¹⁰ Sogenannter „Schießbefehl“ vom 14. September 1961, abgedruckt in: „Biskys Fehlschuss. Warum die Äußerungen des Vorsitzenden der Linkspartei zum DDR-Schießbefehl falsch sind“, in: Die Welt vom 29. August 2007.

¹¹¹ Redebeitrag Erich Honeckers auf der Sitzung des Nationalen Verteidigungsrates am 3. Mai 1974, abgedruckt in: ebd.

¹¹² Richard Hebstreit, ehemaliger Grenzsoldat, in: „Der Schießbefehl wurde jeden Morgen neu erteilt“, in: BZ vom 14. August 2007.

¹¹³ Interview Friedbert Meurer mit Günter Schabowski, dem ehemaligen Mitglied des Politbüros des Zentralkomitees der SED und früheren ersten Sekretär der SED-Bezirksleitung von Ost-Berlin, in: DLF Information am Morgen vom 14. August 2007.

tigen, indem man einfach die Türschilder auswechselt. Neben Bisky hofiert auch Gregor Gysi die früheren Stützen der SED-Staatspartei. Sein Auftritt im Januar 2007 vor Ex-Stasi-Mitarbeitern, der zunächst vom Fraktionssprecher der LINKEN, Hendrik Thalheim, gezeugnet wurde,¹¹⁴ zeigt einmal mehr: Alt-Kommunisten und Kommunisten mögen den Namen ihrer Partei häufiger wechseln als manch einer sein Unterhemd, das überaus lebendige SED-Erbe in der Linkspartei lässt sich dadurch nicht übertünchen. Ein früheres Mitglied der Parteiführung machte daraus auch gar keinen Hehl, als er kürzlich sagte: „Es gibt eine große Schnittmenge zwischen SED-PDS von 1990 und der Linkspartei von heute“.¹¹⁵

Ein früheres WASG-Mitglied hält diese Schnittmenge inzwischen offensichtlich für zu groß. Peter Marekfa, ehemaliger Ortsvereinsvorsitzender der Linkspartei Saarbrücken/St. Johann und Ex-Schatzmeister des Kreisvorstands Saarbrücken, trat kürzlich aus der Linkspartei aus.¹¹⁶ Die Linke ist für ihn eine „Neuaufgabe der SED, von Berlin gesteuert“.¹¹⁷ Die Fusion der WASG mit den SED-Erben bezeichnet er als „feindliche Übernahme“¹¹⁸. Und schließlich: „Mit Leuten, die für die Mauertoten mitverantwortlich seien, habe er [Marekfa] nichts gemein“.¹¹⁹ Auch der hessische Landtagskandidat der Linkspartei Karl-Klaus Sieloff warnt im Vorfeld der Landtagswahl 2008 inzwischen vor der Wahl der eigenen Partei, hinter der Sektierer stünden, die von der untergegangenen DDR träumten.¹²⁰

Die frühere DDR-Bürgerrechtlerin Marianne Birthler liegt deshalb völlig richtig, wenn sie schreibt: „Am Beispiel der Diskussion um den Mauerbau wird deutlich, wie sehr die PDS auf ihr rückwärtsgewandtes Milieu Rücksicht nehmen muss.“¹²¹ Weil es die Linkspartei bis heute an einer eindeutigen und klaren Verurteilung des Mauerbaus fehlen lässt, hat das Urteil von Marianne Birthler nichts von seiner Aktualität eingebüßt. Die Linkspartei verharmlost noch immer die brutale Diktatur in der DDR. Auch an dieser Stelle zeigt sich erneut: Wer der PDS/Linkspartei grundsätzlichen Wandel bescheinigt, will oder kann die Wirklichkeit nicht zur Kenntnis nehmen.

¹¹⁴ Im Januar 2007 hatte Gregor Gysi eine Rede gehalten vor den Mitgliedern der Initiative zum Schutz der sozialen Rechte ehemaliger Angehöriger bewaffneter Organe und der Zollverwaltung der DDR e.V. (ISOR). ISOR-Mitglieder zählten nach Angaben des Vereins auch zu den Gästen des Fusionsparteitages von WASG und Linkspartei.PDS Mitte Juni 2007. Vgl. hierzu Armin Görtz: „Kritik an Gysis Auftritt bei Stasi-Veteranen. Linke bestätigen zögernd Rede vor Alt-Kadern“, in: Leipziger Volkszeitung vom 16. August 2007.

¹¹⁵ Wolfram Adolphi, ehemaliger Parteivorsitzender PDS-Berlin, in: Lars von Törne, „Die PDS als Ostpartei wär' längst erledigt“, in: <http://www.tagesspiegel.de/berlin/Linke;art270,2328219> (Referenzdatum: 12. September 2007).

¹¹⁶ Vgl. „Inzwischen auch 50 Austritte bei neuer Linken“, in: Saarbrücker Zeitung vom 8. September 2007.

¹¹⁷ Peter Marekfa, in: ebd.

¹¹⁸ Ders., in: ebd.

¹¹⁹ Vgl. ebd.

¹²⁰ „Linker warnt vor links“, in: Focus, 14. Januar 2008

¹²¹ Marianne Birthler, in: Tagesspiegel vom 3. Juli 2001.

4.3 „Kommunistische Plattform“ und radikale Sektierer in der Linkspartei

Die Kommunistische Plattform (KPF) konstituierte sich am 30. Dezember 1989. Sie wurde von Kommunisten innerhalb der SED-Nachfolgepartei SED/PDS als eigenständiger Zusammenschluss gegründet und ist heute innerhalb der LINKEN aktiv. Ihre Forderungen bestehen in der Beseitigung der bestehenden Gesellschaftsordnung und der Errichtung einer klassenlosen kommunistischen Gesellschaft. Die Ewiggestrigen in der KPF träumen noch immer in Anlehnung an den „Historischen Materialismus“ von der sozialistischen Revolution und vom Bruch mit dem Kapitalismus.¹²² Der Kommunistischen Plattform stand Lothar Bisky Jahre nach dem Ende der DDR noch positiv gegenüber: „Ich bin froh, dass es die Kommunistische Plattform gibt. Sie ist [...] sehr aktiv und eine wichtige Kraft. Ich bin auch ständig im Gespräch mit ihr [...] Ich habe überhaupt keine Lust, mich von der Kommunistischen Plattform innerhalb der PDS in irgendeiner Weise abzugrenzen.“¹²³

Bekanntestes Gesicht der KPF ist ihre Sprecherin Sahra Wagenknecht. Sie war 1989 in die SED eingetreten und seit 1991 Mitglied des PDS-Parteivorstands. Nach einem Richtungsstreit verließ sie den Parteivorstand, bevor sie im Jahr 2000 erneut in das Gremium gewählt wurde. Seit 2004 ist Wagenknecht Abgeordnete im Europa-Parlament. Auch im 21. Jahrhundert setzt Sahra Wagenknecht weiterhin auf den Klassenkampf. Noch immer verteidigt sie die DDR als ihr „Land“, noch immer bezeichnet sie die Mauer „als notwendiges Übel“.¹²⁴ Die deutsche Einheit wird von der KPF strikt abgelehnt. Für den 3. Oktober dieses Jahres kündigte die Kommunistische Plattform deshalb eine Gegenveranstaltung in Brandenburg an.¹²⁵ Die Ablehnung der deutschen Einheit geht einher mit der Glorifizierung der sogenannten „Großen Sozialistischen Oktoberrevolution“.

Zu den aktivsten trotzkistischen Gruppen in Deutschland gehört laut Verfassungsschutz die Gruppe „Linksruck“, die sich nun als Netzwerk „Marx 21“ neu formieren will. Sie infiltrierte bereits die Jungsozialisten, Gewerkschaften und Attac, ab 2004 auch die WASG. Seit der Fusion von WASG und Linkspartei.PDS zielt die Arbeit von „Linksruck“ auf die Un-

¹²² Vgl. Patrick Moreau/Jürgen P. Lang: Linksextremismus. Eine unterschätzte Gefahr, Bonn 1996, S. 121.

¹²³ Interview Lothar Bisky, in: „Unsere Zeit“ vom 5. Februar 1993.

¹²⁴ Vgl. Petra Schnitt: „Die Schöne und die reine Lehre“, in: Stern vom 30. März 1995.

¹²⁵ Vgl. Schwerpunktaufgaben der Kommunistischen Plattform in den nächsten Monaten. Beschluss der 2. Tagung der 13. Bundeskonferenz in Berlin vom 14. April 2007, in: http://archiv2007.sozialisten.de/partei/strukturen/agigs/kpf/dokumente/view_html?zid=35534&bs=1&n=2 (Referenzdatum: 11. September 2007).

terwanderung der LINKEN ab, um diese von innen auszuhöhlen und zu desorganisieren.¹²⁶ Die Parteiführung stört sich offensichtlich nicht an den Linksextremisten in ihren Reihen, auch Lafontaine nicht. Im Gegenteil: „Linksruck“-Aktivisten gewinnen zunehmend Bündnispartner innerhalb der Linkspartei: An dem von „Linksruck“ organisierten Kongress „Marx is Muss“ nahmen im November 2007 unter anderem Sahra Wagenknecht sowie die Bundestagsabgeordneten Sevim Dagdelen (NRW) und Werner Dreibus (Hessen) teil.

5. Die Linkspartei in Hessen

Dank Lafontaines Ausstrahlung auf ein Bevölkerungsspektrum jenseits der traditionell geringen Zahl der Linkspartei-Wähler in den westdeutschen Bundesländern, hat sich die Linkspartei nach mehreren gescheiterten Anläufen zum Ziel gesetzt, in die westdeutschen Landesparlamente einzuziehen. Dies gelang erstmalig am 13. Mai 2007 bei der Bürgerschaftswahl in Bremen. Auch die hessische Linkspartei, am 24. August 2007 gegründet, bemüht sich um ein Überschreiten der Fünf-Prozent-Hürde am Wahltag im Januar 2008. Dass es sich bei der vermeintlich jüngsten Partei in Wirklichkeit um eine Ansammlung frustrierter Sozialdemokraten, früherer Gewerkschaftsfunktionäre und langjähriger Mitglieder der Deutschen Kommunistischen Partei (DKP) bzw. aus deren Umfeld handelt, versucht die Partei geschickt zu überspielen. Wie eng die tatsächlichen personellen Verbindungen zwischen DKP und der hessischen Linkspartei sind, zeigte sich nicht zuletzt an der Personalie Peter Metz, dem zeitweiligen Spitzenkandidaten der Linkspartei in Hessen.

5.1 Das Desaster Peter Metz

Obwohl der Vorstand der Linkspartei ursprünglich einen anderen Kandidaten, den früheren hessischen DGB-Funktionär Dieter Hooge, für die Spitzenposition bei der hessischen Landtagswahl vorgesehen hatte, entschied sich die Mehrheit der Parteitagsdelegierten für Metz, bekennender Kommunist und lange Jahre Mitglied der Deutschen Kommunistischen Partei, aus der er erst 1996 austrat.

¹²⁶ Vgl. Mathias Meisner: „Marx is Muss. Trotzlisten unterwandern die Linkspartei und sagen den Pragmatikern den Kampf an“, in: Der Tagesspiegel vom 3. September 2007.

Dass Peter Metz zum Teil reinrassige DKP-Positionen vertrat, war den Delegierten des Gründungsparteitags der hessischen „Linken“ nicht nur bewusst, es war der Grund weswegen sie Metz in das Spitzenamt beförderten. Metz war bekannt dafür, dass er DDR-getreue Positionen vertrat und auch den ‚Systemwechsel‘ in der Bundesrepublik Deutschland anstrebte.¹²⁷ Durch seine Rede auf dem Parteitag machte er zudem deutlich, wie wenig er zwischen der heutigen Bundesrepublik und der DDR zu unterscheiden gewillt war. Mit dem Vorwurf des hessischen Ministerpräsidenten Roland Koch konfrontiert, Nachfolgepartei der SED zu sein, die für den Schießbefehl an der innerdeutschen Grenze die Verantwortung trug, antwortete Metz: „Wenn du wirklich etwas gegen den Schießbefehl tun willst, dann mache deinen Einfluss auf Franz-Josef Jung geltend.“ Schließlich, so Metz, sei der Bundesverteidigungsminister dafür verantwortlich, dass Bundeswehrsoldaten in Afghanistan Gebrauch von der Schusswaffe machten.¹²⁸

Trotz Metz' geschmacklosem Vergleich des Schießbefehls an der innerdeutschen Grenze mit dem Bundeswehreininsatz in Afghanistan befand Gregor Gysi, Metz sei ein netter „anständiger Kerl“.¹²⁹ Mit seinem Vergleich brachte Metz ein Denken zum Ausdruck, das auch der Parteivorsitzende der LINKEN, Lafontaine, teilt. Er rückte den Bundeswehreininsatz in Afghanistan in die Nähe von Terrorismus.¹³⁰ Erst nachdem der Druck der zu Recht entsetzten Öffentlichkeit zu groß wurde, verzichtete Metz am 5. September 2007 auf seine Kandidatur.¹³¹ Nach wie vor steht er aber als Wahlkreiskandidat der Linkspartei in Marburg für die Wahlen zum hessischen Landtag am 27. Januar in vorderster Front.

Auch andere Mitglieder der hessischen Linkspartei, darunter auch eine Reihe von Listen- und Direktkandidaten für die Wahlen zum hessischen Landtag weisen Verbindungen zum politischen Spektrum der äußersten Linken auf: Barbara Cárdenas, auf Listenplatz Nr. 5 platziert, gehörte in den 1970er Jahren dem marxistischen Studentenbund Spartakus und in den 1980er Jahren der DKP an. Karin Masche, Listenplatz 11 und Direktkandidatin in Fulda, war ebenfalls DKP-Mitglied. Konstantinos Papoutsakis, Listenplatz 12, war Mitglied der Kämpferischen Sozialistischen Partei Griechenlands. Hartmut Bohrer, Direktkandidat in Wiesbaden, war Spartakus- und DKP-Mitglied. Volker Kaphingst, Kandidat in

¹²⁷ Vgl. Pitt von Bebenburg: „Ich betrachte mich immer noch als Kommunisten“, in: Frankfurter Rundschau vom 28. August 2007.

¹²⁸ „Metz Spitzenkandidat der Partei „Die Linke“, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung online vom 26. August 2007.

¹²⁹ „Gregor Gysi: Metz ist ein ‚anständiger Kerl‘“, in: Süddeutsche Zeitung online vom 6. September 2007.

¹³⁰ Vgl. Oskar Lafontaine über den Afghanistan-Einsatz der Bundeswehr, in: ARD-Talkshow „Sabine Christiansen“ vom 20. Mai 2007.

¹³¹ Vgl. Mechthild Küpper: „Metz beugt sich der Kritik“, in: FAZ vom 6. September 2007.

Schwalm-Eder, war ebenso DKP-Mitglied wie Horst Zanger, Kandidat in Hersfeld-Rotenburg und Dietmar Schnell, Direktkandidat in Vogelsberg.

Es ist angesichts dieser Häufung von Kandidaten mit eindeutig marxistischem und kommunistischem Hintergrund vollkommen ausgeschlossen, in der hessischen Linkspartei etwas anders als eine Nachfolgepartei der DDR-gläubigen DKP zu sehen, die durch frühere Mitglieder der SED bzw. der SED-Nachfolgepartei PDS personell ergänzt wird. Dass diese Einschätzung der hessischen Linkspartei der Wahrheit entspricht, wurde im Januar 2008 aufgrund eines Interviews eines hessischen Linksparteimitglieds erneut bestätigt. Dass mitten im hessischen Landtagswahlkampf der Direktkandidat der Linkspartei im Lahn-Dill-Kreis, Karl Klaus Sieloff, in einem Interview mit dem Nachrichtenmagazin Focus die Öffentlichkeit vor der Wahl seiner eigenen Partei warnte, bestätigte alle Befürchtungen über Personal, Politik und Programm der Linkspartei in Hessen. Sieloff berichtete dem Focus in einem am 14. Januar 2008 veröffentlichten Interview, in seinem Kreisverband hätten jetzt „unverbesserliche Alt-Kommunisten das Sagen“. Sieloff wörtlich: „Wir haben in Hessen jetzt eine Kaderorganisation, die jede unliebsame Diskussion abwürgt.“¹³² Sieloff warnte zudem die deutsche Öffentlichkeit vor den Täuschungen der eigenen Parteiprogrammatik. Dahinter stünden „Sektierer, die von der untergegangenen DDR träumen.“ Für ihn sei der Zusammenschluss seiner WASG mit der ehemaligen PDS ein schwerer Fehler gewesen.¹³³

5.2 Programmatische Mitgift der DKP

Wie realitätsfern das Denken von Metz und vieler seiner ehemaligen DKP-Kollegen ist, die heute für die Linkspartei sprechen, noch immer ist, zeigt ein Blick in das DKP-Programm vom 8. April 2006. Die Deutsche Kommunistische Partei, Nachfolgerin der 1956 verbotenen KPD und westdeutscher Ableger der SED, tritt auch heute noch für die klassenlose kommunistische Gesellschaft an. In ihrem Programm finden sich Aussagen wie „Nur der revolutionäre Bruch mit den kapitalistischen Macht- und Eigentumsverhältnissen beseitigt letztendlich die Ursachen von Ausbeutung und Entfremdung, Krieg, Verelendung und Zerstörung unserer natürlichen Umwelt.“¹³⁴ Der Untergang des Kommunismus in der Sowjetunion und in Mittel- und Osteuropa wird als „die bisher tiefste, bis heute nicht ü-

¹³² „Linker warnt vor links“, in: Focus, 14. Januar 2008.

¹³³ Ebd.

¹³⁴ Programm der Deutschen Kommunistischen Partei, in: <http://www.dkp-online.de/programm/>

berwundene Niederlage für die internationale Arbeiterbewegung, für alle progressiven Kräfte, ja sogar für die bürgerliche Aufklärung“ gewertet.¹³⁵ Über die Herrschaft der SED in der DDR schreibt das Programm der DKP:

„Die Deutsche Demokratische Republik hat unter Führung der SED der Macht des deutschen Imperialismus Grenzen gesetzt. Vier Jahrzehnte lang war in einem Teil Deutschlands die Herrschaft der Monopole und Banken beseitigt. Die Befreiung vom Faschismus hatte dem deutschen Volk günstige Möglichkeiten für die Schaffung einer antifaschistisch-demokratischen Ordnung in ganz Deutschland eröffnet. Allerdings wurde diese Chance in konsequenter Weise nur im östlichen Teil, in der sowjetischen Besatzungszone und späteren DDR, genutzt.“¹³⁶

Hier zeigt sich, welche geistige Nähe zwischen dem verworrenen Geschichtsbild der DKP und dem Geschichtsrevisionismus der Linkspartei herrscht. Darüber hinaus ist dem DKP-Programm und der Ideologie der Linkspartei der Wille gemeinsam, die Bundesrepublik Deutschland von Grund auf zu verändern. Die Politik der DKP auf dem Weg zum Sozialismus ist dabei von vorneherein auf ein Bündnis mit der Linkspartei ausgelegt:

„In der vor uns liegenden Etappe kommt es darauf an, gesellschaftliche Kräfte weit über die Linke hinaus im Widerstand gegen die neoliberale Politik zu bündeln. Allianzen verschiedener sozialer und gesellschaftlicher Kräfte, die sich an verschiedenen Fragen immer wieder neu bilden und in denen die Arbeiterklasse die entscheidende Kraft sein muss, sind die Voraussetzung, um die Rechtsentwicklung und den neoliberalen Umbau der Gesellschaft zu stoppen. Wenn aus diesen Allianzen stabile Bündnisbeziehungen und ein fester gesellschaftlicher und politischer Block gegen den Neoliberalismus entwickelt wird, dann können die gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse so verändert werden, dass der Kampf um gesellschaftliche Alternativen eine reale Perspektive bekommt.“¹³⁷

Auch die für diesen „Kampf um die gesellschaftliche Alternative“ einzuleitenden Schritte gleichen den programmatischen Vorschlägen der Linkspartei. Ebenso wie die Linkspartei tritt die DKP offen für Verstaatlichungen privatwirtschaftlicher Unternehmen ein:

„Ohne antimonopolistische Eingriffe werden entsprechende Reformen und die erforderliche tief greifende Umverteilung des Reichtums von Oben nach Unten, von den privaten Supervermögen in die öffentliche Haushalte, von den reichen zu den armen Ländern nicht möglich sein.“

¹³⁵ Ebd.

¹³⁶ Ebd.

¹³⁷ Ebd.

Die DKP hält es für möglich und notwendig, dass im Ergebnis des antimonopolistischen Kampfes solche und andere antimonopolistisch-demokratische Umgestaltungen durchgesetzt werden, die zur Zurückdrängung der Allmacht des Monopolkapitals und zur Erweiterung der Einflussnahme der Arbeiterklasse und ihrer Verbündeten führen und so dazu beitragen können, den Weg für den weiteren Kampf um den Sozialismus freizumachen.

Der wesentliche Schritt muss die Überführung der Banken und Versicherungskonzerne sowie der produktions- und marktbeherrschenden Konzerne in anderen strategischen Wirtschaftsbereichen in demokratisch kontrolliertes öffentliches Eigentum sein.“

Der „Kampf um gesellschaftliche Alternativen“, also der Kampf um die Umwandlung der Bundesrepublik Deutschland in eine sozialistische Gesellschaft, ist dabei nichts anders als die von der Linkspartei offen gestellte „Systemfrage“. Beide Parteien stellen auf diese Weise unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung in Frage.

5.3 Willi Van Ooyen und die Deutsche Friedens Union

Die Nähe zu DKP und SED ist in der hessischen Linkspartei auch nach dem Verzicht von Peter Metz auf die Spitzenkandidatur fest verankert. Auch der neue Spitzenkandidat der hessischen Linkspartei, Willi Van Ooyen, stand über Jahre mit kommunistischen Gruppen in Verbindung. Van Ooyen war von 1976 an zunächst hessischer Landesgeschäftsführer der kommunistisch geprägten Deutschen Friedens Union (DFU), seit 1984 dann deren Bundesgeschäftsführer. In den Parteiarchiven der SED fanden sich nach dem Mauerfall Unterlagen, aus denen hervorging, dass die DDR die DFU jährlich mit Millionenbeträgen finanziell unterstützt hat.¹³⁸ Es überrascht nicht, dass mit dem Ende der Herrschaft der SED auch die öffentlichen Auftritte der Deutschen Friedens Union zu Ende gingen. Die SED hatte ihre Zahlungen an die DFU mit dem Ende der DDR eingestellt.

Nach Angaben der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ist Van Ooyen zudem Sprecher des Bundesausschusses Friedensratschlag in Kassel, der vom hessischen Verfassungs-

¹³⁸ Udo Baron, Kalter Krieg und heißer Frieden. Der Einfluss der SED und ihrer westdeutschen Verbündeten auf die Partei 'Die Grünen'. Diktatur und Widerstand 3, 2003.

schutz als linksextremistisch beeinflusst eingestuft wird.¹³⁹ Aus seinen extrem linken politischen Ansichten nie einen Hehl gemacht: „Ich bin Marxist, und die Bezeichnung Kommunist ist für mich kein Schimpfwort.“¹⁴⁰ Einer anderen Zeitung gegenüber betonte er im Dezember 2007: „Ich habe mich nie von Kommunisten abgegrenzt.“¹⁴¹

Dass die hessische SPD mit dieser Gruppe von Alt-Kommunisten und SED-Kadern zusammenarbeiten könnte, ist angesichts der Vielzahl der zutiefst verstörenden programmatischen wie persönlichen Aussagen ein befremdlicher Gedanke. Er ist dennoch Realität. Die Spitzenkandidatin der SPD, Frau Ypsilanti, erklärte noch im August 2007 auf die Frage, mit welchem politischen Partner Sie ihre linken Programmvorstellungen durchsetzen wolle: „Das werden wir nach dem Wahltag am 27. Januar sehen, da ist noch alles offen.“¹⁴² Mittlerweile hat ihr Pendant von der Linkspartei, Willi Van Ooyen, in dieser Frage Klarheit geschaffen. Er erklärte am 17. Januar 2008 am Rande einer Wahlkampfveranstaltung der Linkspartei in Marburg: „Sollten wir den Einzug in den Landtag schaffen, werden wir Andrea Ypsilanti von der SPD mit zur hessischen Ministerpräsidentin wählen“.¹⁴³ Auf derselben Veranstaltung bezeichnete er den hessischen Ministerpräsidenten Koch als „schießwütigen Gewalttäter“ und Bundesverteidigungsminister Jung als „Kriegsminister“.

Aus Sicht der CDU ist der Gedanke unerträglich, dass eine solche Partei jemals an der Regierungsbildung in Hessen beteiligt wird. Für alle hessischen Wähler steht deshalb am 27. Januar 2008 unsere Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung und letztlich unsere bürgerliche Freiheit auf dem Spiel. Gelingt der Linkspartei der Parlamentseinzug und damit womöglich die Regierungsbeteiligung dank der SPD, wird Hessen von einer Partei mitregiert, die das Grundwesen unseres Bundeslandes gänzlich in Frage stellt. Es ist Aufgabe aller Demokraten unseres Landes, es nicht dazu kommen zu lassen.

6. Zusammenfassung

Der Titel der Dokumentation „Das wahre Gesicht der Linkspartei“ ist mit Bedacht gewählt. Zum einen ist dies keine Momentaufnahme der Linkspartei aus dem Jahre 2007, sondern eine Dokumentation ihrer Entwicklung seit 1989. Zum anderen wird nicht nur ein

¹³⁹ Frankfurter Allgemeine Zeitung, Rhein-Main Zeitung, 27. September 2007

¹⁴⁰ Ebd.

¹⁴¹ Die Welt kompakt, 17. Dezember 2007

¹⁴² Süddeutsche Zeitung, 20. August 2007

¹⁴³ Votum für SPD-Frau Ypsilanti, Die Tageszeitung, 14. Januar 2008

Teilaspekt betrachtet, sondern die Alt-Kommunisten werden umfassend unter die Lupe genommen. Basierend auf Aussagen ihrer Repräsentanten und Einschätzungen unabhängiger Experten wird die SED-Nachfolgepartei damit in Breite und Tiefe durchleuchtet. Die Ergebnisse sind erschreckend.

Widerlegt wird die landläufig verbreitete Auffassung, die Linke hätte sich inzwischen zu einer Partei entwickelt, die sich ohne wenn und aber zur freiheitlich-demokratischen Grundordnung bekennt. Das Gegenteil stimmt. Die aus der SED-Nachfolgepartei PDS hervorgegangene Linkspartei verharrt unbeweglich in strikter Ablehnung zur bundesdeutschen Demokratie. Ungeachtet der taktisch motivierten Beteiligung an Wahlen und Regierungen verfolgt die Partei unverändert das Ziel der Wiederherstellung des Sozialismus. Die Linke strebt verbissen nach einer anderen Gesellschaft. Sie gehört nicht zu den Parteien des demokratischen Grundkonsenses und will auch nicht dazugehören. Wer sich mit den Linksradikalen einlässt, degradiert sich selbst zum Erfüllungshelfen ihrer „Systemfeindlichkeit“.

Auch auf der Programmebene herrschen Stillstand und Rückschritt. Die Alt-Kommunisten betreiben programmatischen Plattenbau. Ihre Antworten in einer sich rasant entwickelnden und globalisierten Welt erschöpfen sich in den Schlagworten Verstaatlichung, Reglementierung und fremdes Geld ausgeben. Deutschland braucht jedoch gute Politik, nicht plumpe Parolen.

Der Leitwert der Linken ist die Gleichheit. In den Mittelpunkt rückt die Partei einen überbordenden Sozialstaat, dessen exorbitante Transferleistungen die Charakterisierung als „sozial“ nicht verdienen. Weil die Alt-Kommunisten Fragen der Finanzierbarkeit einfach ausblenden, verschweigen sie auch, wie unsozial ihre maßlosen Forderungen tatsächlich sind. Höhere Steuern und Abgaben, rasant steigende Verschuldung und damit höhere Erblasten für kommende Generationen wären die unausweichlichen Folgen ihrer Politik. Eine solche Politik macht arm, erst den Menschen, dann den Staat. Armut aber ist nicht sozial. Nicht „Freiheit durch Sozialismus“, wie DIE LINKE behauptet, sondern Armut und Unfreiheit durch Sozialismus umschreibt die Realität.

Hinzu kommt die schwere moralische Diskreditierung der Partei, die sie mit ihren wiederholten Namenshütungen abzuschütteln versucht wie eine lästige Fliege. Weil ihre Führung die alte SED nahtlos weiterführte und eine Auflösung verhinderte, fehlt bis heute ein klarer Trennungsstrich. Nicht ehrliche Aufarbeitung, sondern unerträgliche Geschichtsklitterung steht auf dem Stundenplan. So wird die Mauer noch heute gerechtfertigt, die Opfer verhöhnt. Aktuellstes Beispiel ist der Befehl der DDR-Oberen, an der inner-

deutschen Grenze auf wehrlose Frauen und Kinder zu schießen. Selbst hier, wo die Fakten unwiderlegbar sind und Archive eine eindeutige Sprache sprechen, leugnen die SED-Erben die Wahrheit ohne rot zu werden.

Das Erstarken der Feinde der Freiheit kann keinen aufrechten Demokraten egal welcher politischen Überzeugung kalt lassen. Die Auseinandersetzung mit der Linkspartei muss deshalb mit größerem Nachdruck als bisher geführt werden. Keiner soll sich mehr vom medialen Auftreten ihrer führenden Vertreter blenden lassen. Hier ist insbesondere die Sozialdemokratie stärker gefordert. Notwendig dafür ist ein klarer Abgrenzungskurs. Koalitionsspekulationen stärken die Linken nur weiter. Die Ergebnisse in den neuen Bundesländern zeugen davon. Mit der vorliegenden Dokumentation will die CDU zur Auseinandersetzung mit der Linkspartei beitragen. Wir wollen nicht, dass sich die Radikalen in unserem Land breit machen. Die Linkspartei ist eine große Gefahr für die Demokratie, weil sie:

- unverhohlen die „Systemfrage“ stellt,
- den Sozialismus einführen will,
- für die Abschaffung der Sozialen Marktwirtschaft ist,
- eine andere Gesellschaft anstrebt,
- die freiheitlich-demokratische Grundordnung mit Schmähungen überzieht,
- das SED-Unrechtsregime rechtfertigt und bis heute die Verbrechen der DDR-Diktatur leugnet,
- nie wirklich mit ihrer SED-Vergangenheit gebrochen hat,
- die Politik radikalisiert und die Menschen mit unfinanzierbaren Heilsversprechungen in die Irre führt,
- Deutschlands außenpolitische Grundpfeiler zum Einsturz bringen möchte und
- damit unsere Freiheit bedroht.

Impressum

Herausgeber

CDU HESSEN

Frankfurter Straße 6

65189 Wiesbaden

Tel. 0611.1665 – 0

info@cduhessen.de

www.cduhessen.de

Verantwortlich

Michael Boddenberg MdL

Generalsekretär der CDU Hessen